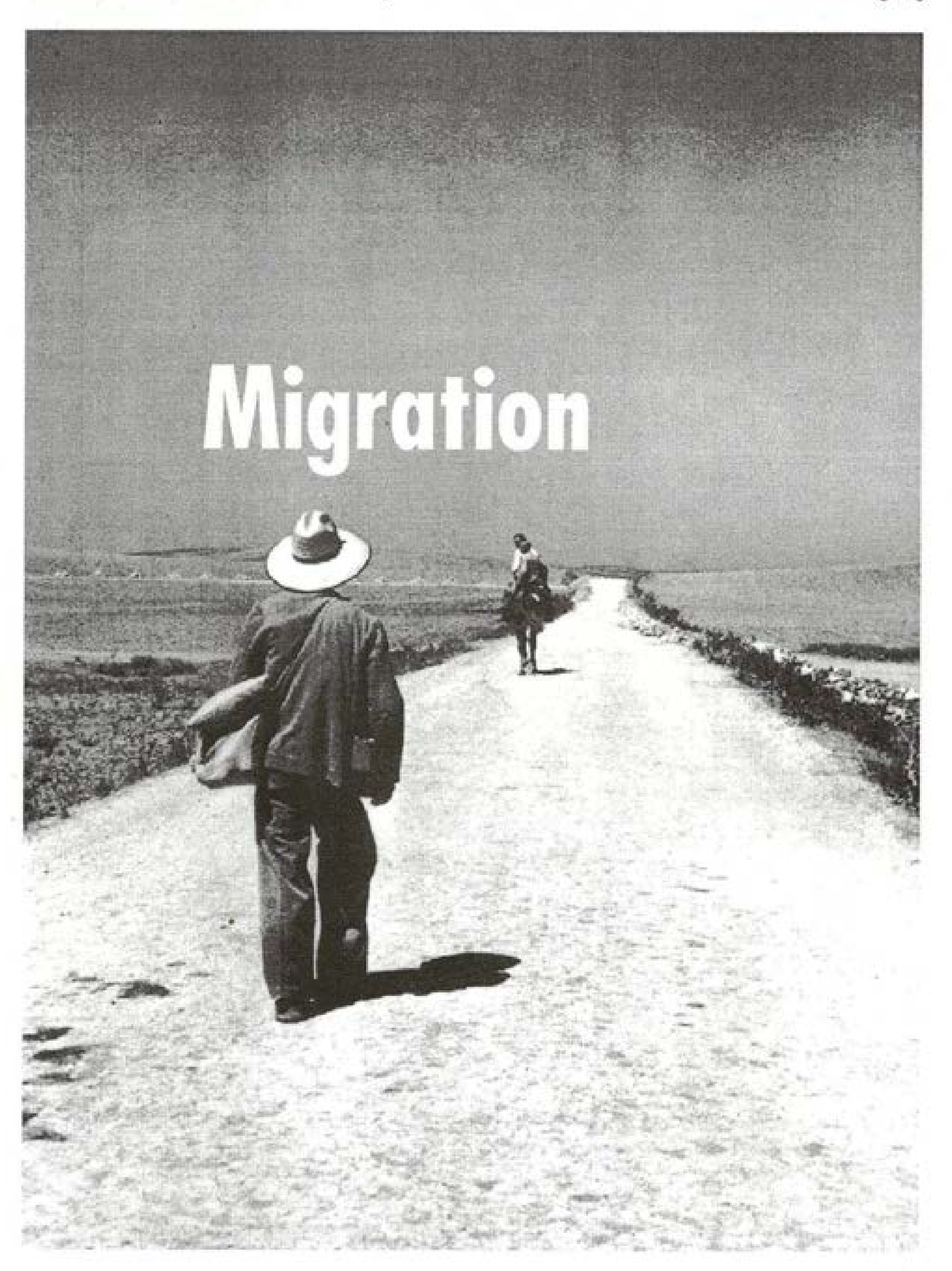
Nr. 24

Dezember 1995

STUDIENBIBLIOTHEK INFO

Bulletin der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung



Inhaltsverzeichnis

Beiträge:

Berichte:

Impressum
Hrsg. Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Quellenstrasse 25
Postfach 3312
8031 Zürich
Tel. 01 271 80 22
Fax 01 273 03 02

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 9–13 & 14–18 Uhr

Redaktion:
Albert Utiger

Gestaltung:
Rolf Schmid

Auflage: 2'000 Ex.

Zu diesem Info!

Das Info 24 greift mit dem Schwerpunkt Migration in eine Diskussion ein, die dieses Jahr auch auf der Historiker-Konferenz in Linz Thema war. In allen europäischen Ländern, die in den letzten beiden Jahrhunderten Auswanderungsländer waren, steht der Entscheid an, sich als Einwanderungsländer zu erklären. Diese politische Diskussion, die überall sowohl von vielen Emotionen und Ängsten als auch vom Vergessen der eigenen Vergangenheit und Armut in den westlichen Industrieländern getragen ist, wollen wir mit zwei Texten zum öffentlichen Diskurs beitragen. Der Anstoss dazu stammt vom Besuch einer Veranstaltung, welche die Philosophische Gesellschaft Zürich im Frühjahr 1995 organisierte. Dort entstand eine Diskussion, die in kleinem Kreis weitergeführt wurde. Die Standpunkte liessen sich nicht vereinbaren, und so stehen nun ebenso zwei verschiedene Texte nebeneinander.

Diese Debatte ist momentan vor allem auch mit dem **Krieg in Ex-Jugoslawien** und dessen Folgen verbunden, wozu wir eine Ansprache von Paul Parin vom August 1995 und einen aktuellen Nachtrag zum Friedensschluss drucken.

Da im Moment der Film **»Land and Freedom« von Ken Loach** überall diskutiert wird, findet sich auch ein Beitrag in unserem Info.

Der Stiftungsrat hat eine wichtige **Präzisierung unserer Sammeltätigkeit** (vgl. S. 22) vorgenommen. Damit neigt sich eine längere innere Diskussion dem Ende zu, aber im Grunde genommen wurde die neue Ausrichtung in der praktischen Tätigkeit schon vorweggenommen, wie die weiteren »Mitteilungen der Studienbibliothek« zeigen.

Nicht vergessen wollen wir einen herzlichen Dank an die Autorinnen und Autoren unserer Beiträge, die aus Solidarität und Freude für die Sache einen wichtigen Beitrag für unser Info leisteten.

Die Studienbibliothek

Wir laden alle Freundinnen und Freunde der Stiftung Studienbibliothek ein, am Mittwoch, den 20. Dezember, ab 17 Uhr mit uns das Jahr bei einem Apéro ausklingen zu lassen. Wie immer gibt's nebst neuen Büchern zu essen, zu trinken und zu diskutieren.
Für Interessierte bieten wir um 16 Uhr eine Bibliotheksführung an.

Verbunden mit der Bitte an die Vergesslichen, ganz schnell noch für 1995 den Beitrag an die Studienbibliothek zu überweisen, wünschen wir allen Leserinnen und Lesern einen guten Übergang ins Neue Jahr.

Die Betriebsgruppe



Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zu meinem 85. Geburtstag bedanke ich mich herzlich. Ich habe mich sehr gefreut, dass so viele an mich gedacht haben und zum Fest ins Naturfreundehaus auf dem Albis gekommen sind.

Amalie Pinkus

Paul Parin

Ansprache an der Kundgebung «Solidarität mit dem multiethnischen Bosnien-Herzegowina» am 3. August 1995

Ich will keine Wünsche an die Adresse der UNO richten, keine starken Worte aussprechen, um gegen den Vertreibungs- und Vernichtungskrieg, der gegen Bosnierinnen und Bosnier geführt wird, zu protestieren. Doch will ich aussprechen, was wir, Schweizerinnen und Schweizer, meinten, - wenn uns und nicht den Bosniern die Frage gestellt wäre: ›Was tun, wenn ein Angreifer uns alle vertreiben oder vernichten will?‹ Als Bürger und Bürgerinnen der Eidgenossenschaft wissen wir: Wir haben das Recht, uns zu verteidigen, und unsere gewählten Behörden haben die Pflicht, die Verteidigung gegen den Angreifer, der uns vernichten will, zu organisieren.

In unserer Geschichte, in unserer Verfassung, in unserer Moral gibt es nichts, was uns das Recht zur Selbstverteidigung nehmen und der Pflicht entheben könnte, unsere Bevölkerung vor der Vernichtung zu bewahren. Ich vermute, dass auch Amerikaner, Briten und Franzosen, Deutsche, Holländer und Norweger als Wähler und Bürger das gleiche Recht beanspruchen und der gleichen Pflicht folgen würden.

Wir wollen aller Welt bekanntmachen, wir wollen laut unsere Meinung sagen: Bosnierinnen und Bosnier haben das gleiche Recht und die gleiche Pflicht wie wir: die Selbstverteidigung.

Als 1936 General Francos Armee mit überlegenen Waffen gegen die Spanische Republik aufstand, eilten Helfer aus der ganzen Welt herbei. Mehr als zweieinhalb Jahre lang hat



sich das spanische Volk gegen den Faschismus verteidigt. Nachdem der Völkerbund die ›Nichteinmischung‹ beschlossen und sich zunächst auch die Sowjetunion dem Verbot gefügt hatte, Waffen an die Republik zu liefern, siegten die Truppen Francos und seiner Helfer aus dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien. Die letzte Chance war vertan, den Eroberungskrieg der Faschisten gegen die übrige Welt zu vermeiden.

Der Schweiz ist ein solches Schicksal erspart geblieben. Wann immer ein Volk angegriffen wurde, hofften wir, es würde sich verteidigen. Wir bewunderten das kleine Finnland, als es der Invasion der mächtigen Sowjetarmeen zweimal erfolgreich Widerstand leistete. Begeistert stimmten wir Winston Churchill zu, der den Engländern Blut und Tränen versprach, als er sie zum Widerstand gegen die Invasion durch die Hitlerarmee aufrief. Wo immer sich ein Volk gegen einen grausamen Eroberer erhob, hofften wir, es würde sich wehren und siegen. Die Résistance in Frankreich, die Resistenza in Italien siegten erst, als die Armeen der antifaschistischen Mächte zu Hilfe kamen. Wir waren erleichtert. Die Juden im Warschauer Ghetto waren ohne Waffen. Hunderttausende wurden von den Nazis vernichtet. Dass die Juden vor 51 Jahren im Ghetto trotzdem den Aufstand wagten, hat kürzlich die ganze Welt gefeiert.

Die legitime Regierung von Bosnien-Herzegowina bewaffnete sich lange nicht und hoffte auf die Hilfe der grossen Mächte der Welt. Diese leisteten humanitäre Hilfe, so gut es ging. Ihren Vermittlern ist es in ungezählten Konferenzen – nicht mit Nachgiebigkeit und Konzessionen gegenüber dem Angreifer, nicht mit Drohungen - gelungen, den Krieg zu stoppen.

Sie warnen davor, dem bosnischen Militär Waffen zu liefern, das würde den Krieg verlängern. Es ist gesagt worden, das bedeute ›Krieg, noch mehr Krieg, richtigen Krieg‹. Wie sollen wir das verstehen? Seit mehr als drei Jahren ist in Bosnien-Herzegowina Krieg, ein grausamer, rücksichtsloser, blutiger Krieg. Der Armee der bosnischen Serben stehen die schweren Waffen in den Arsenalen Serbiens und Montenegros zur Verfügung. Ihr General Ratko Mladic hat angekündigt, dass er den Krieg weiterführen werde. Bis Ende des Jahres werde er alle noch von der bosnischen Regierung verteidigten Gebiete und die Hauptstadt Sarajevo erobert haben. Dann werde Friede sein.

Man hat den Eroberern etwa die Hälfte des Landes angeboten. Sie haben das Angebot nicht angenommen. Der Krieg soll bis zum Endsieg fortgeführt werden. Ist das etwa kein ›richtiger‹ Krieg?

Die internationale Gemeinschaft spricht von einem ›Bürgerkrieg‹, gegenüber dem sie neutral bleiben müsse, in den sie sich nicht einmischen dürfe! Die Machthaber in Pale behaupten, die Serben müssten sich gegen die ›Muslime‹ verteidigen. Es gibt keinen Zweifel darüber, wer der Angreifer ist und wer lediglich vom

Recht der Selbstverteidigung Gebrauch macht.

Es wird davor gewarnt, dass der Krieg sich ausweiten würde, wenn sich die Bosnier besser verteidigen könnten. Wenn sie den Angreifern weiter weichen müssen, weitet sich der Krieg jedenfalls bis zum Endsieg der angreifenden Armeen aus. Auf andere Mächte hätte ein wirksamer Widerstand der Bosnier keinen Einfluss. Sie alle, vorab Kroatien, handeln nach der eigenen Staatsräson.

Warum kapitulieren die bosnischen Soldaten nicht? Wäre das nicht realistisch, würde das Kämpfen und Töten dann nicht endlich aufhören?

Der General der bosnischen Serben hat zugesichert, dass Bosnierinnen und Bosniern nichts passieren wird, wenn sie sich ergeben. Die UNO-Schutzzone Zepa hat ein kleiner Trupp verteidigt. Die Stadt wurde bombardiert, erobert, geplündert, angezündet, dem Erdboden gleichgemacht; die Verteidiger wurden gefangen, die überlebende Bevölkerung wurde vertrieben. Alle Männer wurden weggeführt; über ihr Schicksal wissen wir nichts, nicht, wie viele ermordet wurden.

Srebrenica wurde nicht verteidigt. Die bosnischen Soldaten hatten ihre Waffen der UNO abgegeben. Das war für die Eroberer kein Anlass, milder zu verfahren.

Die bosnische Regierung kapituliert nicht, weil sie weiss, dass dann ihr Volk vertrieben und vernichtet würde.

So sieht der Krieg aus, der vermieden werden soll, indem verhindert wird, dass die bosnische Regierung Waffen erhält, um sich wirksamer zu verteidigen. Die internationale Gemeinschaft ist nicht in der Lage, die Angegriffenen zu schützen, den Vernichtungskrieg aufzuhalten.

Die Eidgenossenschaft ist friedliebend. Niemand kann Schweizer und Schweizerinnen verdächtigen, dass sie den Krieg lieben oder andere dazu antreiben, Krieg zu führen. Und doch glaube ich, dass eine Mehrzahl der Mitbürgerinnen und Mitbürger zustimmen wird, wenn ich sage: «Die Menschen in Bosnien haben das Recht, sich zu verteidigen. Wer ihnen Hilfe bringt, ist willkommen. Die humanitäre Hilfe darf die Selbstverteidigung in keiner Weise behindern, alle Einschränkungen und Hindernisse müssen wegfallen.»

Wir sollten nicht aufhören, diesen Appell laut zu wiederholen. Viele Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten werden – was auch immer ihre Behörden beschliessen – mit uns übereinstimmen. Wenn wir sagen, was wir meinen, und gehört werden, haben wir wenig geleistet und nur getan, was unsere Pflicht ist.

Nachtrag vom 21. November 1995

Seit ich diesen Text geschrieben habe, hat sich scheinbar viel geändert. Die offizielle Schweiz zeigt für Bosnien-Herzegowina mehr Interesse, das EDA hat deklariert, dass es direkt und im Rahmen der OSZE bei der politischen Konsolidierung des Staates nach Friedensschluss helfen und dass sich die Schweiz am Wiederaufbau des Landes beteiligen wird.



CSS-Ärztemission nach Jugoslavien 1444, i. d. Mitte: Paul und Goldy Parin-Matthey
Foto: GRETLER's Panoptikum zur Sozialgeschichte

Noch bedeutsamer scheint die Veränderung der Kriegslage zu sein. Ein Waffenstillstand ist vereinbart worden und wird bisher weitgehend eingehalten. Die Welt wartet mit Spannung darauf, dass und ob die kriegführenden Parteien – die Serbische Regierung (die auch das «Serbische Bosnien», Srpska, vertritt), die Regierungen Kroatiens und von Bosnien-Herzegowina – den von den USA vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen werden und wie er aussehen wird.

Auch in dem für Bosnien-Herzegowina günstigsten Fall würde dieser Friede, den man heute Pax americana nennt, die Folgen jener Politik festschreiben, die der Republik das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen und damit zu ihrer militärischen Niederlage beigetragen hat. Der Gesamtstaat bliebe zwar als legitimer «Rahmen» erhalten, doch würde den Angreifern vom Gebiet der Republik beinahe diejenige Hälfte, die sie erobert und «ethnisch gesäubert» haben, zugesprochen. Die andere Hälfte würde eine kroatisch-bosnische Föderation bilden. Die grosse und militärisch erstarkte Republik Kroatien hat zugesichert, dass sie den schwächeren Partner respektieren würde, bis heute aber nichts getan, die von ihr eroberten Gebiete wieder der Souveränität Bosnien-Herzegowinas zu unterstellen. Dass überhaupt noch von einem Bosnien-Herzegowina die Rede ist, verdankt das Land fast ausschliesslich jenen militärischen Erfolgen, die es trotz dem Waffenembargo seit Anfang 1994 – indirekt unterstützt von den Erfolgen der kroatischen Armee und den Luftschlägen der NATO zur Selbstverteidigung der UN-Truppen – errungen hat.

Zusammengefasst: Ohne das Recht auf Selbstverteidigung und ohne die Möglichkeit, sich wirksam zu verteidigen, müssen Regierung und Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina hinnehmen, dass ihr Staat nur noch als zerbrechlicher schwacher Rahmen eines unter zwei starke Angreifer aufgeteilten Landes erhalten bleibt.

Peter A. Schmid

Gibt es ein Recht auf Einwanderung?

Die schweizerische Asyl- und Ausländerpolitik ist im Umbruch begriffen. Hauptursachen dafür sind die starken Wanderungsbewegungen der 1980er Jahre, die zumindest vorläufig etwas abgeflacht sind, die migrationspolitischen Neuerungen der EU und die Freizügigkeit des Personenverkehrs innerhalb der EU, die auch die Schweiz unter Druck setzen, eine umfassende migrationspolitische Neuorientierung vorzunehmen. Das Hauptgewicht wird dabei auf der Einwanderungsgesetzgebung liegen, welche die Migration begrenzen soll. Daneben gilt es aber auch, die Ursachen der Migration anzugehen, denn nur wenn die weltweite Ungleichgewichtung behoben wird, kann die Migration als individuelle Möglichkeit des sozialen Aufstiegs überwunden werden. Überdies muss eine Migrationspolitik die Integration der Eingewanderten in die neue Heimatgesellschaft forcieren.



Im Zusammenhang mit den derzeitigen Bestrebungen zur Erarbeitung einer umfassenden Migrationspolitik stellen sich nicht nur rechtliche, politische und sozioökonomische, sondern auch erhebliche moralische Fragen, die ich in den folgenden Ausführungen kurz umreissen will.

Zur ethischen Beurteilung eines Einwanderungsgesetzes

Obwohl die Flüchtlings- und Migrationsfrage zu den wichtigsten Themen der letzten Jahre gehört, besteht in normativer Hinsicht ein gewisser Mangel an Reflexion. Diemoralische Prüfung der Migrationspolitik und insbesondere der dazugehörigen Einwanderungsgesetzgebung ist aber notwendig, damit in der politischen Debatte alle Ansprüche und Interessen, die moralisch relevant sind, gebührend berücksichtigt werden können und nicht weiterhin nur die – zumeist ökonomischen – Interessen des Einwanderungslandes im Zentrum stehen. Die Ethik spielt insofern eine gewichtige Rolle bei der Beurteilung der normativen Rahmenbedingungen der Migration und der gesetzlichen Regulierung derselben. Sie muss klären, auf welcher Grundlage ein Einwanderungsgesetz, also die rechtliche Begrenzung von Migration, moralisch überhaupt zu rechtfertigen ist. Diese Grundlage lässt sich durch die ethische Prüfung von drei Fragen umreissen:

1) Ist Einwanderung moralisch zu rechtfertigen? Haben also die Einwandernden ein moralisches Recht, in ein anderes Land einzuwandern?

2) Ist die Begrenzung der Einwanderung moralisch zu rechtfertigen? Hat das Einwanderungsland ein moralisches Recht, die Einwanderung in sein Territorium zu begrenzen?

3) Welchen ethischen Prinzipien muss ein Einwanderungsgesetz genügen?

1) Gibt es eine moralische Rechtfertigung der Wanderung und insbesondere der Einwanderung?

Dies ist die entscheidende Frage aus der Optik des Einwanderers. Hat er/sie ein moralisches Recht, das heisst einen moralisch legitimierten Anspruch, in ein anderes Land einzuwandern? In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist ganz explizit das Recht der Auswanderung als allgemeines Menschenrecht festgehalten. Ein begrenztes Recht auf Einwanderung wird ebenfalls statuiert, nämlich die Einwanderung beziehungsweise Rückkehr in das jeweilige Heimatland. Das Recht auf Einwanderung in ein beliebiges Land wird in den Menschenrechtserklärungen hingegen nicht erwähnt. Dennoch kann ein solches Recht meines Erachtens, über die universal verstandenen Menschenrechte geltend gemacht werden. Im Kern zielen die Menschenrechte nämlich darauf hin, allen Menschen die prinzipiell gleichen Möglichkeiten für ein erfolgversprechendes und lebenswertes Leben zu sichern. Alle Menschen sollen die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu entfalten und in Würde zu leben. Dies ist in der heutigen Welt angesichts der globalen Ungleichheit der Verteilung der Güter und der Chancen – man kann geradezu von einer neuen weltweiten Feudalgesellschaft sprechen –

jedoch nicht der Fall. Da aber alle Menschen ein Recht auf gleiche Chancen haben, resultiert für die Bewohner der Dritten Welt daraus der legitime Anspruch, dorthin zu gehen, wo sie grössere Chancen auf ein erfülltes Leben haben, und das ist eben die westliche Welt. Die Migranten haben somit in der universalen Perspektive der Menschenrechte einen moralisch legitimen Anspruch darauf, in die entwickelten Länder einzuwandern, um dort ihr Glück zu suchen. Verhindern diese Länder die Zuwanderung dieser Menschen und beschränken deren moralisches Recht auf Einwanderung, so erwächst ihnen daraus die Pflicht zu substantieller Kompensation (Entwicklungshilfe, Abbau struktureller Ungerechtigkeiten im Welthandel etc.) an die Dritte Welt. Aus der Begrenzung des Rechts auf Migration folgt ethisch zwingend die Pflicht der Kompensation, damit in den unterentwickelten Ländern die Lebenschancen signifikant erhöht werden können und damit die Migration nicht mehr die einzige Möglichkeit des sozialen Aufstiegs bleiben muss.

2) Die Einwanderungsländer versuchen seit langem, die Zahl von Neuzuwanderern zu begrenzen. Gibt es auch eine moralische Rechtfertigung für diese Begrenzung? Lässt sich also die Einschränkung des Anspruchs auf Einwanderung moralisch rechtfertigen? Prinzipiell lässt sich jeder Anspruch und jedes Recht einschränken. Jedes Recht und jeder moralische Anspruch findet seine Grenze an einem anderen, ebenso wohl begründeten Anspruch. Nun führt die Einwanderung in grosser Zahl zu erheblichen Problemen innerhalb der Einwanderungsgesellschaft, und insofern ist es innerhalb bestimmter Grenzen legitim, jene Strukturen zu sichern, derentwegen letztlich eingewandert wird. Es ist also legitim, die Einwanderung so zu begrenzen, dass die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Errungenschaften des Einwanderungslandes erhalten bleiben. Was darunter fällt, unterliegt allerdings kritischer Nachfrage aus ethischer Sicht. Es geht aus dieser Sicht nicht an, dass Einwanderung nur begrenzt wird, damit die privilegierten Lebensformen der westlichen Welt gegen die legitimen Interessen der Einwanderer gesichert werden können. Das moralische Recht, die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen des Einwanderungslandes aufrechtzuerhalten, findet wiederum seine Grenzen an den legitimen Ansprüchen der Einwanderer, ein besseres Leben zu führen. Diese Grenzen muss jede Einwanderungsgesetzgebung berücksichtigen. Das heisst, dass die Begrenzung der Einwanderung nicht einseitig auf die Bedürfnisse des Einwanderungslandes ausgerichtet sein darf.

3) Eine Einwanderungsgesetzgebung *muss zwei Aspekte berücksichtigen: den quantitativen und den qualitativen*. Beide können nach ethischen Prinzipien befragt werden; bei der Bestimmung der quantitativen und qualitativen Auswahl von Neuzuwanderern gilt es, die verschiedenen legitimen Ansprüche, die sich in diesem Fragenkomplex gegenüberstehen, abzuwägen. Es handelt sich um drei Ansprüche: die Ansprüche der Zuwanderer, ihre Chancen auf ein lebenswertes Leben zu erhöhen; die Ansprüche der Zuwanderungsgesellschaft, ihre politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und damit den sozialen Frieden zu erhalten; die Ansprüche der Auswanderungsgesellschaft, ihre gut ausgebildete Mittelschicht wenn immer möglich im Land zu behalten, damit eine Entwicklung möglich ist.

Die quantitative Begrenzung der Zuwanderer bedarf eines offenen, demokratisch legitimierten Verfahrens, das am besten durch eine Kommission erfüllt werden kann. Diese Kommission muss nicht nur die Interessen des Zuwanderungslandes, sondern auch die Bedürfnisse und Interessen der Zuwanderer berücksichtigen. Die Frage danach, wie viele Menschen jährlich einwandern dürfen, wird insbesondere in der Linken und in Teilen der Asylbewegung tabuisiert. Für sie ist die Frage selbst schon eine Anmassung und führt auf den falschen Weg. Betrachtet man aber die Realität in diesem Land, so erkennt man unschwer, dass bereits heute Quotensysteme bestehen – Kontingente, situatative Auslegung des Asylgesetzes, der Einbürgerungspraxis etc. –, über die jedoch nicht öffentlich diskutiert wird. Die Einwanderungsquoten werden mehr oder weniger unabhängig von der politischen Öffentlichkeit festgelegt. Dies kann nicht länger angehen. Vielmehr bedarf es einer öffentlichen Debatte über die jährlichen Einwanderungsquoten. Eine breit abgestützte Kommission muss sich auf die jährliche Zuwanderungsrate verständigen. In ihr müssen neben den Vertretern der Parteien, der Wirtschaft und der Bundes- und Kantonalverwaltungen auch Vertreter der Kirchen, der Hilfswerke und der Menschenrechtsorganisationen Einsitz haben. Als Grundlage für die jährliche Zuwanderungsrate dienen demographische Zahlen, soziale und wirtschaftliche Indikatoren sowie eine jährliche Analyse der weltpolitischen Lage, der Situation der Flüchtlinge und der letztjährigen faktischen Einwanderung. Von den Zuwanderungsraten müssen die Asylbewerber und Gewaltflüchtlinge ausgenommen werden, und zwar deshalb, weil Asylbewerber sich nicht kontingentieren lassen und Gewaltflüchtlinge als vorübergehend in unserem Land Anwesende anderen Kontingentierungskriterien unterliegen. Die Einwanderung von Flüchtlingen kann jedoch nachträglich berücksichtigt werden, indem im Folgejahr die Quote entsprechend gesenkt wird.

Die qualitative Auswahl der Zuwanderer ist aus moralischer Sicht ein sehr schwieriger Punkt. Die gängigen Beurteilungskriterien (Arbeitsmarktkriterien, Qualifikation, Alter usw.) richten sich zumeist über Gebühr nach den Interessen des Einwanderungslandes. Die Festlegung der ethisch legitimen Auswahlkriterien bedarf eines politischen Diskurses, bei dem möglichst alle Interessen gegeneinander abgewogen werden. Aus moralischer Sicht ist auf jeden Fall eine kulturell, rassisch, ethnisch oder religiös begründete Auswahl, wie sie etwa heute im Drei-Kreise-Modell des Bundesrates vorgenommen wird, abzuleh-

nen. Diese Auswahl ist einseitig auf die Interessen des Einwanderungslandes ausgerichtet. Vielmehr gilt es, die Bedürftigkeit der Einwanderer gebührend zu berücksichtigen und vor allem von Kriterien, die einen ›brain-drain‹ begünstigen, abzusehen. Ob es ein ethisch legitimes Verfahren überhaupt gibt – vielleicht nur die Lotterie – ist zweifelhaft, dennoch wäre es schon ein grosser Schritt, wenn in der Schweiz ein öffentlicher Diskurs über Zahl und Art der Einwanderung stattfinden könnte.

Notwendige Integrationsanstrengungen

Zur Migrationspolitik gehört nicht nur die Regelung der Einwanderung, sondern auch die Sorge um die Integration der Eingewanderten in die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Strukturen der Gesellschaft. Migrationspolitik ist deshalb auch immer Integrationspolitik. Dabei geht es vor allem um die Integration der Zugewanderten in die Schule, die Arbeitswelt und auch in die politische Welt. Arbeitsrechtlich sollten Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass die Eingewanderten nicht schlechter gestellt werden als die Einheimischen. Dies bedingt neben Gesamtarbeitsverträgen auch die gezielte Sprach- und Berufsausbildung für Neueinwanderer. Insbesondere die Arbeitslosenversicherung sollte so eingerichtet werden, dass Eingewanderten, die arbeitslos werden, Zugang zu Umschulungs- und Ersatzkursen haben. In der Schule sollten Kinder von neu Eingewanderten besonders gefördert, und die Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) ausgebaut werden, denn nur Kinder, die in ihrer Heimatkultur bewandert sind, haben eine echte Chance zur Integration in der Schweiz. Nicht zu unterschätzen ist auch die politische Integration: das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene (Schul- und politische Gemeinde) bildet einen wichtigen Bestandteil des Sicheinlebens der Zugewanderten in ihre neue Heimat. Nicht zuletzt muss auch die Einbürgerungspraxis neu überdacht und der Erwerb der Staatsbürgerschaft massiv erleichtert werden. Dies gilt vor allem für die Ausländerinnen und Ausländer der zweiten und dritten Generation.

Eine entscheidende, auch ethisch bedeutsame Frage ist nun, wie denn die Eingewanderten integriert werden sollen, das heisst, welchen Anspruch das Einwanderungsland an sie herantragen darf. Müssen sich die Eingewanderten assimilieren und damit ihre eigene kulturelle Prägung vollständig aufgeben, um sich als loyale und vollwertige Mitglieder unserer ›Schicksalsgemeinschaft‹ zu erkennen zu geben. Die Assimilation, das heisst Anverwandlung des Fremden zum Eigenen, ist nicht nur politisch umstritten, sondern auch moralisch bedenklich. Sie ist asymmetrischer Natur, insofern als die sich assimilierenden Ausländer dazu gezwungen werden, sich vollumfänglich der neuen Lebenswelt anzupassen und ihre Herkunftsidentität aufzugeben. Damit überdehnt aber meines Erachtens die Einwanderungsgesellschaft ihre Ansprüche. Sie kann ethisch begründet nicht verlangen, dass sich die Eingewanderten gänzlich zur neuen Kultur bekennen und ihre eigene Kultur ablegen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Unterscheidung von ›kultureller Lebensform‹ und ›politscher Kultur‹. Ein gerechtfertigter Anspruch auf Integration kann nur im Feld der politischen Kultur gestellt werden, nicht aber hinsichtlich der kulturellen Lebensform. Das Einwanderungsland kann von den Eingewanderten nicht verlangen, die Lebenformen ihrer Herkunft aufgeben zu müssen. An der politischen Kultur des Einwanderungslandes findet die geforderte politische Akkulturation ihre Grenze. Akkulturation und nicht Assimilation kann also vom Eingewanderten verlangt werden. Dazu muss aber die Einwanderungsgesellschaft nicht nur Hilfeleistung bieten, sondern sie muss sich auch auf die Akkulturation einlassen. Im Gegensatz zur Assimilation handelt es sich bei der Akkulturation nämlich um einen wechselseitigen Prozess, in dem Fremde und Einheimische zusammen eine ›neue‹ Identität und Lebenswelt schaffen.

Grundvoraussetzung der Akkulturation ist, um zum Schluss meiner Ausführungen zu kommen, die politische Partizipation der Fremden, denn nur so können diese in einen auch politisch wirksamen Dialog mit den Einheimischen treten. Die politische Partizipation erzeugt eine integrative Kraft, die den zentrifugalen Kräften der offenen, multikulturellen Gesellschaft entgegenwirken kann. Nur durch den politischen Einbezug auch der kulturellen und ethnischen Minderheiten können die fundamentalen Wertkonflikte, die sich aller Voraussicht nach durch die weiter zunehmende Einwanderung noch verstärken werden, in politisch geordnete Bahnen gelenkt werden. Nur so können neue, gemeinsame Spielregeln für die offene Gesellschaft entwickelt und der soziale Friede weiterhin gewährleistet werden.



Theres Zimmermann

Gedanken zum Aufsatz von Peter A. Schmid: «Gibt es ein Recht auf Einwanderung?»

Die Abhandlung des Genossen Peter A. Schmid zeichnet sich in hohem Masse durch einen guten Willen aus, das heisst das einzige, was man nach Kant[1] in (und ausserhalb) der Welt ohne Einschränkung für gut halten kann. Können wir also der moralischen Persönlichkeit des Autors, wie sie sich in diesem Aufsatz offenbart, das höchste Lob zollen, so haben wir mit anderen Bestimmungen gewisse Mühe. Denn es stellt sich die Frage, inwieweit Wanderungsbewegungen mit moralischen Kategorien überhaupt erfassbar sind. Wanderungen sind so alt wie das Menschengeschlecht, und immer sind es zwei Faktoren, die sie hervorrufen: Der Hunger und die Gewalt. Migration ist zunächst Ausdruck des Willens zur Selbsterhaltung in einer Umgebung, die sie ernsthaft bedroht. Migration kann aber auch im Willen, ein anderes Volk zu unterjochen und zu versklaven, begründet sein. Diese beiden Beweggründe sind nicht immer reinlich geschieden. Am Beginn der ‹Schweizer› Geschichte steht schon der versuchte Auszug der Helvetier ins Innere Galliens und dagegen die siegreiche Intervention der Römer, die Helvetier und Räter erfolgreich romanisierten, worauf in der Völkerwanderung weitere das Land besetzten: die germanischen Allemannen, beziehungsweise Burgunder (in der Romandie). Während die Landsuche der Helvetier in der Absicht, fruchtbareres Land zu finden, begründet war, kann man die römische Kriegführung als einen ‹imperialistischen› Akt betrachten, freilich nicht im Sinn, wie dieser Begriff nach 1900 definiert wurde (Hobson und Lenin). Ganz Europa ist mit all den verschiedenen Völkern, die auf seinem Territorium leben, das Produkt unzähliger Wanderungen und Eroberungen. Von ihrer Sprache her gesehen, die nichts mit dem Indokeltischen zu tun hat, wären in Europa die Basken wahrscheinlich das einzige autochthone Volk. Eine so völlig isolierte Sprache spricht nur noch das Volk von Georgien (Sakartwelo) an der Grenze Europas.



Es macht wahrhaftig keinen Sinn zu fragen, ob die Völkerwanderung ein moralisch zulässiger oder verwerflicher Akt gewesen sei. Lesen wir historische Berichte über diese Zeiten, so sind wir ebenso entsetzt über die hereinbrechende äusserste Roheit, wie erfreut, Anzeichen einer neuen Kultur unter dem Schutt der alten wahrnehmen zu können.

Gehen wir zu der nächsten grossen Wanderungsperiode über, die 1492 mit der Entdeckung Amerikas beginnt und im 19. Jahrhundert mit der Kolonisierung aller Länder Amerikas, fast aller Länder Afrikas und sehr vieler Länder Asiens ihr Ende findet, so empfinden wir ein deutliches Missbehagen beim Gedanken an die Ureinwohner Mexikos, die in den Silberbergwerken zu Tode geschunden wurden, soweit sie nicht europäischen Krankheiten zum Opfer fielen, und an die Negersklaven, die zu Ehren des agrarischen Frühkapitalismus auf den Zuckerrohr- und Baumwollplantagen der Karibik und Amerikas geopfert wurden. Hier beginnt die moralische Kritik früh: schon im 16. Jahrhundert klagt der Dominikaner Bartolomé de Las Casas über die Misshandlung und Versklavung der Indios. Warum eigentlich? Gewiss ist der christlichen Milde da einiges zugute zu halten, doch zugleich waren ja die Dominikaner der Orden der Inquisition und haben in Spanien auf ihren Scheiterhaufen 30'000 Menschen verbrannt. Warum dann die Empörung wegen der jüngst getauften Ureinwohner? Was mit Las Casas beginnt, ist das Bewusstsein, dass diese Indianer der Gier zum Opfer gefallen sind und dass diese Gier nach Gold und Silber, nach Profit, das Problem der Europäer selbst sei. Auch wir sind nicht unempfindlich, wenn andere Menschen das Opfer von Naturkatastrophen werden. Doch unsere Trauer wird zu Empörung, wenn wir Zeugen sein müssen, wie Menschen durch eine von Menschen gemachte Not, durch Krieg, Hunger, Ausbeutung und Terror zugrunde gehen. Ihr Tod und ihr Leid weckt unsere Solidarität, denn in ihnen wird die ganze Menschheit beleidigt. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gruppe, die verfolgt wird, eine der Rasse, der Sprache, der Nation oder der Ethnie, eine politische oder gewerkschaftliche Organisation der arbeitenden Klasse, eine der Religion oder Irreligion oder eine sonstwie konstituierte Minorität ist. Das Töten, Schinden, Quälen, Vergewaltigen und Vertreiben richtet sich nicht nur gegen die unmittelbar Betroffenen, sondern geht alle und auch uns an, weil es das *Verbrechen der beleidigten Menschheit* darstellt, ein ‹crimen lesae humanitatis› entsprechend dem einstigen ‹crimen lesae maiestatis›, der Majestätsbelei-

digung, ein Verbrechen also, das seiner Natur nach als Offizialdelikt angesehen werden muss. Damit betrachten wir die unterdrückte Menschheit als eine und wenden auf sie den alten Grundsatz der I. W. W. an: ›an injury to one is an injury to all.‹[2] Dieser Satz stellt für uns zugleich eine Definition des Begriffs der Solidarität dar. Daraus ergibt sich, dass Personen, die Verfolgung erleiden, ipso facto Anspruch auf Asyl und Immigration haben. Doch die Solidarität darf sich nicht in diesem Rechtsanspruch erschöpfen. Es war vor dem Kriegsausbruch 1939 die eingestandene Absicht des Dritten Reiches, durch Zwangsemigration der jüdischen Bevölkerung in den umliegenden Ländern ein Mass an ökonomischen Schwierigkeiten zu schaffen, das wiederum zur Animosität gegen die Emigranten hätte führen sollen. Es muss also nicht nur die passive Solidarität der Aufnahme von Emigrierten (= Asylanten) geübt werden, sondern aktive Solidarität gegen den Staat, der eine wie immer beschaffene Minorität schindet und de facto zur Emigration treibt. So würde die Türkei ihre kurdische Bevölkerung in den Südostprovinzen liebend gern vertreiben, und es ist völlig klar, dass die Schweiz auch im Verbund mit anderen Staaten nicht die gesamte kurdische Bevölkerung der Türkei, geschweige denn die gesamte Bevölkerung Kurdistans, also auch die des Iraks und des Irans aufnehmen könnte. Hier sind nicht Gesetze zur Beschränkung des Asylrechts vonnöten, sondern es braucht eine aktive Aussenpolitik, welche Länder, die nationale und andere Minderheiten so schikanieren und diskriminieren, dass diesen nur noch die Emigration übrig bleibt, aus der Gemeinschaft der Staaten ausgrenzt. Die Türkei ist beispielsweise ein Staat, der sich nicht sonderlich um Menschenrechte sorgt – siehe Kurden, siehe Armenier –, der jedoch sehr an der Aufnahme in die europäische Zollgemeinschaft interessiert ist, also… *Die Einwanderung eines Menschen, der wegen Benachteiligung aus nationalen, politischen, kulturellen, religiösen oder anderen Gründen in ein anderes Land einwandern will, ist ein Recht und bedarf keiner moralischen Rechtfertigung.*

Bleibt der Private, der seine ökonomischen Chancen in Neuenburg höher einschätzt als etwa in Newcastle oder in Nowgorod. Hier kann von einem moralischen Recht nicht gesprochen werden, solange nicht Gegenrecht gehalten wird, denn die Einheit der Welt und das Weltbürgertum ist zwar ein bisschen ›auf dem Weg‹, aber ist noch lange nicht erreicht. Ein Beitritt der Schweiz zur EU würde dem Einwohner von Newcastle, vorausgesetzt er habe in Neuenburg einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, zum ersehnten Luftwechsel verhelfen. Bleibt der Einwohner von Nowgorod. Hat dieser ein Recht zur freien Einwanderung? Eine völlig liberale Antwort würde lauten: Ja. Freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr, freier Personenverkehr. Doch wir sind keine Liberalen! Unsere Haltung ist gegeben durch die Lage der Werktätigen in der Schweiz. Die Immigration von Verfolgten werden wir unterstützen, denn in jedem Verfolgten sehen wir uns selbst. Die Einwanderung von Kapitalisten werden wir mit Misstrauen betrachten, denn sie sind unsere Gegner. Bleibt die Schar der Kleinbürger und Arbeiter, die nicht aus Gründen der Verfolgung, sondern beispielsweise wegen besserer Lohnverhältnisse in der Schweiz leben wollen. Ihnen gegenüber werden wir uns nach Möglichkeit liberal verhalten, ohne indes von einem Recht auf Einwanderung zu sprechen. Der Internationalismus darf nicht abstrakt, sondern muss ganz konkret gefasst werden. Der Arbeiter, welcher internationaler Sozialist ist, wird einen Arbeiter aus einem anderen Land als Genossen betrachten, als einen Mitkämpfer um die Sache des Sozialismus. Der Arbeiter, dessen Vertrauen in die sozialistische Idee unentwickelt geblieben oder gar geschwunden ist, wird im ›Fremdarbeiter‹ nicht so sehr den Arbeiter als den Fremden sehen und im Arbeiter nicht den Genossen, sondern den Konkurrenten[3]. Die Zeiten, in denen Arbeiter und Sozialist automatisch Synonyme waren, sind vorbei, wenn sie je ausserhalb der Grossindustrie existiert haben. Unsere moralischen Verpflichtungen müssen sich dem Gedanken an eine aktionsfähige Arbeiterklasse unterordnen, denn unsere Moral ist das sozialistische Ziel. Man vergesse nicht, dass die Gründung der Internationalen Arbeiter-Association, der sogenannten ersten Internationale (1864), auf das Interesse englischer Gewerkschafter gestützt war, die nicht länger von französischen Streikbrechern heimgesucht werden wollten. Es wäre falsch, aus dem eben Entwickelten zu schliessen, dass wir uns nach den rückständigsten Schichten der Arbeiterschaft richten wollten. Aber es scheint doch klar zu sein, dass die geistige Verfassung weder der Arbeiter des Einwanderungslandes noch der einwandernden Arbeiter völlig vernachlässigt werden darf, wenn man als Sozialist/Sozialistin dazu Stellung nehmen will. Die mehr oder weniger freie Migration, die grosso modo bis 1914 dauerte, war der Ausdruck des freihändlerischen Kapitalismus.[4] Die Rezipienten der grossen Einwanderungsströme waren ehemalige Kolonien, deren Urbevölkerung (zum Beispiel Indianer in Amerika, Aborigines in Australien) völlig entrechtet und in Reservaten konzentriert worden war. 1922 hoben die USA die freie Einwanderung auf, und damit entwickelte sich die Erde zu einem Planeten des Visumszwangs.

Was die Länder der sogenannten dritten Welt anbelangt, so ist eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung unbedingt notwendig. Doch darf nicht vergessen werden, dass die herrschenden Schichten in den ehemaligen Kolonialländern keineswegs besser sind als die in den kapitalistischen Industrieländern. Armeeführer in Nigeria, Burma und ähnlichen Staaten zu unterstützen, liegt nicht im Interesse der Arbeiter und Bauern, weder dort noch hier.

Diese Kritik an der Arbeit des Genossen P. A. Schmid geht auf seine moralischen Kategorien kaum ein. Aber die Migration ist im Zeitalter des Spätkapitalismus keine Tatsache, die solcher Kategorien bedürftig ist.

Peter Niggli

Erinnerung an die Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich (RAZ)



Der alte Genosse X, den ich herzlich grüsse, übergab der Studienbibliothek eine Kiste voll von totem Revolutionsmaterial. Es handelt sich um Akten der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ), ihrer Basisprodukte und Spaltprodukte sowie um einige Splitter vor allem westschweizerischer Verbündeter. Die RAZ hielt mich von ihrer Gründung im Jahre 1969 an gefangen, bis zu einem warmen Frühsommerabend 1976 im Café Boy, an welchem wir, ein Restgrüppchen ziemlich ratloser Revolutionäre, den Club auflösten. X gehörte damals zu den Siegern des Tages, die den grösseren Teil der Mitglieder in die Abspaltung KOAP (Kommunistische Organisation Arbeiterpartei, Zürich) überführen konnten. Sein Sieg hielt vier Jahre vor, dann implodierte die KOAP in den Strassenschlachten einer neuen Generation, die dem revolutionären Erbe der 68er mit erschreckender Geringschätzung begegnete. Nichts war tödlicher für unsere Gruppen, als einem noch grösseren Radikalismus zu begegnen. Der strahlende Enthusiasmus einiger tausend Jüngerer, die den revolutionären Gestus viel sinnlicher inszenierten, liess jede »seriöse und langfristige« Wühlarbeit als schnöde Last und Mühsal begreifen.

Das Schrecklichste an unserer Organisation war sicher der Name. »Aufbauorganisation« tönte nach »moralischer Aufrüstung« und ähnlichen Monstern der 1950er Jahre, und nur das Adjektiv »revolutionär« gab an, womit man es sicher nicht zu tun hatte. Im Herbst 1969, im merkwürdig gelähmten Klima nach dem Globus-Krawall, begannen Diskussionen, wie man die »crème de la crème« der Zürcher Krawallanten organisieren sollte, um die »Bewegung« vorwärtszubringen. Ein Jahr lang beherrschte uns der Unsinn der deutschen »Organisationsdebatte«, was immer mehr TeilnehmerInnen still und leise verschwinden liess. Ein Jahr darauf gründeten die Übriggebliebenen, sehr junge Mittelfeldspieler des Globus-Jahres unter der Obhut von zwei, drei bestandenen Krawallführern aus der FSZ (Fortschrittliche Schüler Zürich) und der »Jungen Sekte« der PdA die »Revolu-

tionäre Allianz Zürich«. Im Rahmen der »Wiederaneignung« revolutionärer Traditionen der Arbeiterbewegung änderten wir unseren Namen. Damit einher ging eine »programmatische Klärung« über Ziel und Zweck der Revolutionären Allianz. Dem Vorbild der Berliner KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschland/Aufbauorganisation) folgend, wollten auch wir uns als »Kern« verstehen, aus dessen »Aufbauarbeit« heraus die Kommunistische Partei der Schweiz hervorgehen würde. Nur mit dem Aufbau der Partei der Avantgarde des Proletariats, so unser Verständnis, könne der Kapitalismus zu gegebener Zeit revolutionär überwunden werden. Keinesfalls jedoch wollten wir uns KPS/AO nennen. Ein pragmatischer Reflex liess uns denken, dass hierzulande mit dem Kommunismus nur wenige Leute, vor allem wenige ArbeiterInnen, zu gewinnen wären. Deswegen nannten wir uns etwas kryptisch Revolutionäre Aufbauorganisation. Kenner, die »drauskamen«, wussten, worum es ging, während wir der breiteren Öffentlichkeit als Markenzeichen die »Revolution« anboten.

»Revolution« gab es damals überall. Die RAZ richtete ihr erstes Büro über dem Café »Revolution« an der Zwinglistrasse ein. Es gab die sexuelle Revolution, die chinesische Revolution und den Buttom »Rebellion ist berechtigt«. Man ist rückblikkend geneigt, all diese Dinge zu belächeln. Damals nahmen wir sie herrlich ernst. Italienische Genossen, die ich in den Anfangsjahren des »Aufbaus« traf, sagten, sie rechneten damit, die Revolution in Italien innert zehn Jahren zu machen. Wir in der Schweiz dachten, erst nach dem Sieg der Revolution in den Nachbarländern »einen Stich« zu haben. Im Jahr, in dem die italienischen Genossen siegen wollten, wäre ich erst dreissig gewesen – das beste Alter, um zusammen mit der Menschheit den Schritt von der »Vorgeschichte« zur Überwindung selbstverschuldeter Unmündigkeit zu tun. Nur Kleingeister konnten sich eine andere Zukunft für junge Menschen wünschen.

Die grossen Hoffnungen, grossen Ernüchterungen und die ganze öffentlich ausgetragene private Revolution, die jede und jeder mit seinem Leben zusätzlich veranstaltete: dieses ganze Lebensgefühl, das uns einige Jahre lang faszinierte und fesselte, kann aus den dürren Texten, die wir hinterliessen, nicht mehr herausgelesen werden. Diese dokumentieren vor allem die gegenläufigen demobilisierenden Prozesse. Die Bewerkstelligung der Revolution gestaltete sich sehr schwierig. Unsere ziemlich breiten Kontakte in Gewerkschaften und Betrieben zeigten tiefsten sozialen Frieden und erschreckende Feigheit und Angst; es stellte sich pausenlos die Frage, wann und ob überhaupt sich das je ändern werde. Die Arbeiter, die sich mit uns einliessen, waren entweder Altersgenossen, die den Ausstieg aus der Fabrik anstrebten, was ihnen in der Regel gelang, oder einsame Figuren, die gerade noch die Aufmerksamkeit junger Revolutionäre, die hungrig nach Proletariern waren, auf sich ziehen konnten. Aber auch die »Bewegten«, welchen wir Kader sein wollten, liessen sich partout nicht unter unserer Fahne vereinigen, sondern zerfielen in vielfältige Strömungen und Sekten. Natürlich dachten wir, selber keine zu sein.

Die RAZ erreichte ihren Höhepunkt 1973: an Mitgliedern, Tätigkeitsgebieten und am bisschen Einfluss, das uns vergönnt war. Dann ging's bergab. Je harziger sich Erfolg einstellte, desto gehässiger die interne Auseinandersetzung. Gläubige standen gegen Skeptiker, die bald als Ketzer verdammt wurden. Meine – unsere – Gegner dachten, es fehle uns die kommunistische Gesinnung und Strenge, um wirklich Erfolg zu haben. Wir selber begannen, diesen Diskurs als reine Phrase zu verhöhnen. Mein schärfster Gegner war ein Genfer Revolutionsführer und Patriarch, Schnellredner und -denker, der mir eine »intellektualistische Abweichung« bescheinigte. So wurden wir, welche die RAZ hochhielten und zuviel dachten, schon 1976 aus dem Prozess der Weltrevolution hinausgedrängt. Es hat uns allen gut getan, in relativer Frische auszusteigen. Es entstand so weniger Bedarf an Zynismus und Selbstverleugnung und erleichterte den Rückweg ins zivile Leben.



Albert Utiger

Zum historischen Hintergrund des Filmes von Ken Loach: «Land and Freedom».

Orwells glänzend geschriebener Bericht, ‹Mein Katalonien› über die Revolution in Katalonien und Aragon von 1936, ist im Film von Ken Loach mit Händen zu greifen. David, ein Arbeitsloser aus Liverpool, in dessen Perspektive das ganze Geschehen abläuft, will sich eigentlich den Internationalen Brigaden[5] anschliessen, wie Orwell das auch vorhatte, bevor ihm seine Kollegen in der POUM[6] davon abrieten. Orwell war sehr angetan vom Geist der Gleichheit unter den Milizen: ‹Disziplin existierte nicht: wenn ein Befehl einem Mann nicht gefiel, trat er aus dem Glied vor und argumentierte heftig mit dem Offizier.›

Genau das tut die Milizionärin Maite in einer der ersten Szenen des Films. Sicher unmissverständlich ist, dass die POUM stellvertretend für die ganze revolutionär eingestellte spanische Arbeiterschaft steht, bis hin zu den Linkssozialisten unter Largo Caballero.[7] Das wird deutlich im Filmtitel, spanisch ‹Tierra y Libertad›, dem Namen einer anarchistischen Zeitung während des Bürgerkriegs. Und dass Blanca, die weibliche Hauptdarstellerin, innerhalb der POUM Anarchistin bleibt, ebenso wie David Kommunist ist, entspricht der historischen Realität. Denn die meisten Milizeinheiten waren zu Beginn des Bürgerkrieges parteipolitisch und gewerkschaftlich durchmischt. Es hatte KP-Mitglieder in der anarchistischen ‹Columna[8] Ascaso› und Anarchisten im kommunistischen ‹Fünften Regiment›. In den ‹Maitagen 1937› in Katalonien, der Auseinandersetzung zwischen Anarchisten und POUM gegen die Kommunisten, führt diese Ausgangslage zwischen den beiden Hauptfiguren des Films dann zu Spannungen und zum vorläufigen Bruch.

Von den verschiedenen in die Handlung eingebauten Diskussionen ist jene über die Kollektivierung sicher die eindrücklichste. Hier werden die verschiedenen Interessen und Standpunkte deutlich. Ein Dorfbewohner bringt auch die Position der Kommunisten ein, indem er für die Besitztümer der kleinen Bauern und der kleinen Unternehmer eintritt, um diese nicht zu Feinden der Republik zu machen.

Das Erfolgsrezept des Filmes von Ken Loach beruht unter anderem auf seiner Einfachheit und Klarheit. Danach wird der Schwung der Revolutionäre der POUM (und der Anarchisten) von den für die Republik eintretenden Kommunisten gebremst. Schliesslich wird die POUM gar der Zusammenarbeit mit den Faschisten bezichtigt, verfolgt und als Organisation verboten, da sich diese Partei nicht der von den Kommunisten geführten Volksfront einfügen will.

In Wirklichkeit waren die Verhältnisse jedoch viel komplexer. Überall dort, wo der Abwehrkampf gegen den Aufstand der Militärs erfolgreich war, wurden die Strukturen des Staates eingerissen und die Macht fiel den siegreichen Milizen zu. Dabei hatte der Sieg des Volkes in Barcelona am Abend des 18. Juli 1936 eine Signalwirkung für das übrige Spanien. Am 19. Juli wartete die Bevölkerung von Madrid nicht zu, bis die Militärs aus ihren Kasernen

marschierten und den Kriegszustand proklamierten, sondern sie holten diese aus den Kasernen heraus. Allerdings wäre der Sieg in Barcelona ohne die tragenden Strukturen der regierungstreuen Polizeieinheiten nicht möglich geworden. Das zeigt auch die Niederlage der Arbeiterschaft in der anarchistischen Hochburg Zaragoza, wo die Guardia Civil[9] sich den Aufständischen anschloss. Ebenso in Sevilla, wo die anarchistischen Arbeiter eine Woche lang unkoordiniert gegen die Aufständischen kämpften und dann unterlagen. Die mit regierungstreuen Polizeiverbänden geführten Kämpfe in Barcelona und die damit verbundene Einsicht, dass die eigenen Kräfte gegen die Aufständischen kaum ausreichten, förderte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung und mit den übrigen politischen Kräften. Damit gewann »der revisionistische Flügel des organisierten Anarchismus die Oberhand«. Diese These vertritt Walter L. Bernecker, der in verschiedenen Arbeiten darauf hingewiesen hat, dass der Niedergang der Revolution nicht nur an der Gegnerschaft der Republikaner und der Kommunisten lag, sondern dass auch innere Widersprüche der anarchistischen Bewegung selbst dazu beitrugen.

Ende September 1936 wurde das »Zentrale Antifaschistische Milizkomitee« von Katalonien aufgelöst, und drei Anarchisten traten in die Regionalregierung ein. Anfangs November folgte der Eintritt von vier anarchistischen Ministern in die Zentralregierung von Valencia. Die Revolutionäre sollten durch diese Massnahme in die Gesamtverantwortung für den Bürgerkrieges eingebunden werden. Damit trug aber die CNT[10] zur Restauration des Staates und zur Politisierung und Zentralisierung der eigenen Organisation bei. Dies führte aber auch zu einer Entfremdung zwischen der anarchistischen Basis und den Führungsorganen. Später sollte Augustin Souchy, der deutsche Anarcho-Syndikalist, im deutschsprachigen »Boletin de Información« der CNT-FAI[11] dazu sagen: »Sollen wir pessimistisch werden, weil wir heute nur einen Bruchteil dessen verwirklichen können, was wir uns zum Ziele gesetzt hatten? Im (späteren) Pakt zwischen der CNT und der UGT[12] befinden sich wesentliche Elemente unserer Bestrebungen verwirklicht. Freilich nicht alle! Der Staat wird noch anerkannt. Die Militärorganisation wird anerkannt. Bittere Pillen für unsere Doktrin.«

Diese Diskrepanz zur Führung der CNT zeigte sich bei den Maiunruhen 1937 in Katalonien, als die »Amigos de Durruti« zusammen mit der anarchistischen Jugendbewegung eine Wende herbeizuführen suchten. Dazu ein Flugblatt der »CNT-FAI, Gruppierung der Freunde Durrutis« mit ihren Forderungen:

»Arbeiter! Eine revolutionäre Junta. - Erschiessung der Schuldigen. Entwaffnung aller bewaffneten Organe. Sozialisierung der Volkswirtschbaft. Auflösung der politischen Parteien, welche die Arbeiterklasse angegriffen haben. Wir verlassen die Strasse nicht. Allem voran die Revolution. Wir begrüssen unsere Kameraden der POUM, die sich auf der Strasse mit uns verbrüdert haben. Es lebe die soziale Revolution! Nieder mit der Konterrevolution!«

Andererseits hatte auch die kommunistische Miliz, das »Fünfte Regiment« in Madrid, zu Beginn des Bürgerkrieges seine revolutionären Seiten. In der ersten Zeit, bis gegen Ende September 1936, wurden die Offiziere, beziehungsweise die politischen Verantwortlichen, von den Milizionären gewählt. Das ist auch in der kommunistischen »Rundschau« nachzulesen. Enrique Lister, ein Kommandant des »Fünften Regiments«, weist in seinem Bericht »Unser Krieg« voller Stolz darauf hin, dass er vom (bewaffneten) Volk zum Leutnant gewählt wurde. Die Schützengrabenzeitung »Milicia Popular«[13] (Volksmiliz) spiegelt die nicht bruchlose Geschichte des Fünften Regiments wider. In einem Aufruf in der ersten Nummer, am 26. Juli 1936, wurden darin der Miliz Guerillakämpfer wie »Empecinado« und »Mina« als Vorbilder präsentiert. Diese hatten sich im Jahre 1808 im Unabhängigkeitskrieg gegen Napoleon mit ihrer seither als revolutionär geltenden Taktik legendären Ruhm erworben. Ausserdem wurden Milizkomitees als Führungsorgane eingesetzt. Es galt das Prinzip der Freiwilligkeit. Die soziale Gleichstellung mit den Offizieren kam - ausser im Fehlen der Rangabzeichen - im gleichen Sold von zehn Peseten pro Tag zum Ausdruck. Überdies zeigen Fotos aus der Zeit sehr schön die blauen »Arbeitermonos« der Milizionärinnen und

C. N. T. F. A. I.

Agrupación "Los amigos de Durruti"

¡TRABAJADORES..!

Una Junta revolucionaria. - Fusilamiento de los culpables.
Desarme de todos los Cuerpos armados.
Socialización de la economia.
Disolución de los Partidos políticos que hayan agredido a la clase trabajadora.
No cedamos la calle. La revolución ante todo.
Saludamos a nuestros Camaradas del P.O.U.M. que han confraternizado en la calle con nosotros.
VIVA LA REVOLUCIÓN SOCIAL... ¡ABAJO LA CONTRAREVOLUCIÓN!

Die anarchistischen Minister jedoch eilten von Valencia herbei und mahnten ihre Genossen zur Mässigung. Damit trugen sie zur Beilegung des Konflikts und zur weiteren Zurückdrängung der Revolution in Katalonien bei.

Milizionäre, welche die gleichzeitige Präsenz der Arbeiter an der Werkbank, wie an der Front deutlich machten.

Aber auch später bei der Verteidigung von Madrid griffen die Kommunisten zu revolutionären Mitteln. Sie stellten Strassen- und Quartierkomitees auf, um die Stadtbevölkerung zur Abwehr des faschistischen Frontalangriffes auf Madrid zu mobilisieren.



Hauptquartier des ›Fünften Regiments‹ in Madrid im Juli/August 1936. Auf dem ›Schiffchen‹ des Milizionärs steht ›5° Batallón Milicias Populares‹, die Bezeichnung, welche das ›Fünfte Regiment‹ in der ersten Zeit hatte. Auch die typische Vermischung der Milizionäre mit Militärpersonen und Polizeieinheiten ist darauf festzustellen.

Auch in den Reihen der Internationalen Brigaden fügten sich nicht alle Freiwilligen widerstandslos in die Politik der Komintern ein. Luigi Longo, Generalkommissar der internationalen kommunistischen Einheiten, erzählt in seinem Buch ›Die Internationalen Brigaden‹ (Berlin - West 1976), wie viele Freiwillige sich ans Diskutieren gewohnt waren und auch die Brigaden wie eine kämpfende Gewerkschaft oder politische Partei betrachteten. Dagegen musste entschieden die Überzeugungskraft der Politkommissare eingesetzt werden, um die Disziplin herzustellen.

Aber diese revolutionären Züge der Kommunisten in Spanien wurden später verschwiegen und sorgfältig aus der eigenen Geschichte getilgt. Nur die bürgerliche, nicht die soziale Revolution durfte stattfinden. Diese Wende wurde von Moskau im September 1936 mit dem Entscheid der Intervention in Spanien herbeigeführt und durch Kominternorgane vollzogen. Dass Stalin gegen die spanischen Revolutionäre seine Geheimpolizei losschickte (unter Alexander Orlow), versteht sich aus der ›Logik‹ der gleichzeigig stattfindenden Moskauer ›Trotzkistenprozesse‹. Diese russische Politik hatte seine negativen Rückwirkungen auf die politische Situation im Republikanischen Spanien, aber sie erklärt dennoch nicht alles und vor allem blieb damals noch manches im Dunkeln.

Mit dem Einsetzen der Militarisierungskampagne der Regierung ab Ende Oktober 1936 wurden in der ganzen republikanischen Zone häufig Entwaffnungen vorgenommen, und das widerfuhr nicht nur revolutionären Milizen. Dazu ein Beispiel von der Aragon-Front, in Huesca: Etwa Mitte November meuterte ein Bataillon der kommunistischen ›Columna Carlos Marx‹ in der Stärke von 700 bis 800 Mann, als ihnen der versprochene Urlaub nicht gewährt wurde. Einige Milizionäre machten deswegen Radau. Als der Kommandant sie verhaften liess und ins Hinterland bringen wollte, stiegen ein Dutzend Milizionäre auf die Lastwagenbrücke und entsicherten die Gewehre. Der Kommandant musste die Aufrührer laufen lassen. Die Milizionäre des ganzen Bataillons zogen nun in einem Protestmarsch an ihren Offizieren vorbei und versammelten sich anschliessend in einer grossen Mühle zu einer Aussprache. Die Bedingung war allerdings, dass die Milizionäre ihre Waffen in ihren Unterkünften zurücklassen mussten. Als sie nach der Versammlung aus der Mühle heraustraten, war diese von einem andern Bataillon umstellt. Die herbeigerufenen Milizionäre begannen damit, die Waffen aus den Unterkünften zu entfernen. Damit war das Bataillon entwaffnet und es wurde aufgelöst.

Nicht immer musste die Regierung im Zuge der Militarisierung die Milizen mit harten Mitteln zur Aufgabe ihrer revolutionären Positionen zwingen. Ausserhalb Aragoniens und Kataloniens war das mehr ein allmählicher Prozess, der durch zunehmende militärische Misserfolge der Milizen ausgelöst wurde. Nach der Einnahme von Badajoz am 15. August 1936 rückten Francos Kolonialtruppen fast in einem militärischen Spaziergang das Tajotal hinauf gegen Toledo vor und trieben die republikanischen Milizen vor sich her. Und im Oktober stand Franco vor Madrid. Das waren aber nicht in erster Linie anarchistische, sondern kommunistische Milizen und Einheiten der ›Izquierda Republicana‹ (Republikanische Linke). Es existierten übrigens kaum reine Arbeitermilizen. Die ›Columna Estremadura‹ beispielsweise, die in diesem Frontabschnitt operierte, hatte am 4. September 1936, bei einer Gesamtzahl von 2930 Mann, rund 47% Milizionäre, 46% waren Militärs und 7% Prozent stammten aus Polizeieinheiten. In der kommunistischen ›Milicia Popular‹ hiess es zu dieser dramatisch sich zuspitzenden Situation vor Madrid, ›die Sprache der Front‹ verlange mehr Disziplin, bessere militärische Ausbildung und ein einheitliches Oberkommando.

Die anarchistischen ›Konföderalen Milizen des Zentrums‹ um Madrid, die bis zum April 1937 auf eine Zahl von 32'000 anwuchsen, waren viel weniger revolutionär eingestellt. Sie fügten sich mehr der militärischen Disziplin als die anarchistischen

Kolonnen an der Aragon-Front. Denn ihnen wurden vom hochgerüsteten und gut organisierten Feind täglich militärische Lektionen verpasst.

In einem ihrer Dokumente heisst es dazu unter dem 20. August: Man habe nach einem Monat Kampf beschlossen, «eine rigorose Kontrolle des Personals und die Einreihung



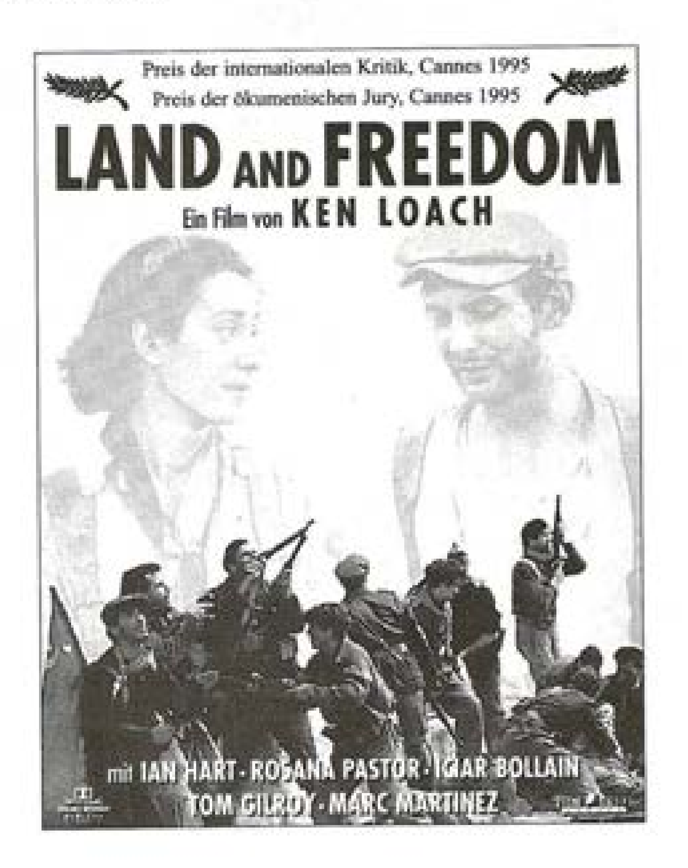
der ‹Columna del Rosal› (CNT) in militärisch organisierte Einheiten» einzuführen. Auf diese Weise sollten «die Improvisation und die Unordnung der ersten Momente überwunden werden». Zu diesem Zweck wurde auf Batallonsstufe ein Führungsorgan eingesetzt. Nach dem 18. September wurde dieses erweitert und unter die Aufsicht des Verteidigungskomitees, «als oberstes Organ der (CNT)-Milizen» gestellt. Der Aufbau einer Hierarchie wurde also in dieser anarchistischen Einheit *vor* der Militarisierungskampagne der Regierung und ohne Zwang von oben vorgenommen.

Das Verlassen revolutionärer Positionen ging also quer durch die republikanischen Milizen hindurch, gleich welcher Couleur, und zwar in dem Masse, wie es die unmittelbaren Erfordernisse an der Front verlangten.

In diesen Zusammenhang passt auch, dass das revolutionäre Regionalkomitee in Valencia zur Herstellung der Disziplin in den Milizen den alten bürgerlichen Militärkodex einführen wollte. Dennoch scheiterte es weitgehend in seinen Bemühungen, regional eine bedeutende und schlagkräftige Miliz von 50'000 Mann aufzustellen.

Die Milizen waren nach der Beobachtung von Frank Jellinek, einem zeitgenössischen englischen Journalisten, in ihrer überwiegenden Mehrheit proletarisch und revolutionär eingestellt. Eigentlich waren es bewaffnete politische Parteien und Gewerkschaften. Es stimmt, dass sie zum Teil eine Art Privatkrieg führten, aber in den ersten Monaten war ihr revolutionärer Geist eine wichtige Waffe gegen die zweifelhafte Haltung von alten Armeeoffizieren. Diese örtliche und regionale Selbstverteidigung der Arbeitermilizen war eine notwendige Durchgangsstufe auf dem Weg zur Kriegführung mit einer regulären Armee auf nationaler Ebene. Dazu gehörte die Umstellung von der Freiwilligkeit auf die Zwangsrekrutierung, die Hierarchisierung und die Einführung des einheitlichen Oberkommandos. Während diese Armee langsam aufgebaut wurde, hielten die Milizen die Fronten, so gut es ihnen mit ihren unzureichenden Mitteln möglich war.

Natürlich müssten für eine Analyse weitere Elemente einbezogen werden. So wird hier die Intervention Hitlers und Mussolinis gleich zu Beginn des Militärputsches nicht besprochen, ebensowenig die internationale Lage und die Nichtinterventionspolitik der westlichen Demokratien, die Waffenlieferung der Sowjetunion und der politische Preis dafür. Aber über diese Themen ist bereits genügend Literatur vorhanden. Eigenartigerweise steht eine genauere Studie über die republikanischen Milizen noch aus. Darauf hingewiesen zu haben, dass es in diesem Bereich noch einiges aufzuarbeiten gilt, ist auch ein Verdienst des eindrücklichen Films von Ken Loach. Der Tessiner Elio Canevascini, der 1936/37 als junger Medizinstudent mit der italienischen ‹Colonna Rosselli› an der Aragon-Front kämpfte, bezeichnete im Schweizer Fernsehen diesen Film als ‹historisches Dokument›.



Bericht über die 31. Linzer Konferenz, 12.–16. September 1995

Beim Bericht zur ITH-Tagung geht es darum, einige repräsentative Referate wiederzugeben. Die ganze Fülle der Referate und der Diskussion zu bewältigen, ist nicht möglich.

Zum diesjährigen Thema ›Arbeiterbewegung und Migration‹ wurden folgende Punkte genauer betrachtet:

- Migration der Arbeit / Migration der Arbeiter
- Arbeiterorganisationen und Einwanderer
- Organisationsformen der Wanderminoritäten
- Jüdische Arbeitsmigration
- Podiumsdiskussion zu aktuellen Problemen der Arbeitermigration.



Dirk Hoerder, Deutschland: Überblick über die weltweiten Migrationsströme:

Es gab am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vier grosse Arbeitermigrationsbewegungen: das atlantische Migrationssystem (Nord und Südamerika und Europa, vor allem Italien), das russisch-sibirische, in kleinern Bahnen, spielte aber in den 1920er- und 1930er Jahren eine wichtige Rolle, das asiatische, das bis in die 20er Jahre ging und das koloniale Migrationssystem. Insgesamt betreffen diese Systeme 50–100 Mio Menschen.

Ein wichtiger Punkt ist die Unterscheidung zwischen externen und internen Migrationen. Die ungarisch Monarchie hatte beispielsweise von 1900–1910 die höchste Migration nach Amerika, aber nur 5% der Migration in diesem Land war extern, die andern migrierten intern.

Die Betonung des atlantischen Bereichs hat sich in der Forschung in den letzten 10–12 Jahren verändert. Die grossen interkontinentalen Migrationsströme ruhen sozusagen auf den kleinern internen Migrationssystemen auf. So ist das atlantische System ein Ergebnis der Migrationsbewegungen im Mittelmeer und im Nordseebereich. Die meisten wandernden Arbeiter hatten ursprünglich die Absicht, in ihre Heimat zurückzukehren, aber dann starben sie doch in den Empfängerländern, weil sie zu lange blieben.

Rückblickend auf die Geschichte der Zwangssysteme von Wanderungen erkennen wir: das Mittelmeersklavensystem, die afrikanische Sklaverei, die Verschickung von Kriminellen durch Grossbritannien in die Kolonien oder in Russland die Verschickung von Kriminellen nach Sibieren. Durch Pogrome in Russland, später in Deutschland wurden weitere Menschen zur Wanderung gezwungen. Auch nach den zwei Weltkriegen wurden durch willkürliche Grenzziehungen Menschen zur Emigration gezwungen. Als Beispiel anderer ökonomischer Zwänge dient Amerika, wo Kapital investiert wurde, Arbeiter nicht leicht verfügbar waren und aus den ländlichen Gebieten geholt wurden.

In der weiteren Differenzierung der vier Migrationssysteme betrachtet man die Bewegungen zwischen den Kernbereichen der entwickelteren Gebiete und den Peripherien. So wanderten Schwarzamerikaner aus dem Süden in die industrialisierten Gebiete Nordamerikas, oder in Europa schickten Irland, die iberische Halbinsel und die osteuropäischen Länder Migranten ins Zentrum. Im sogenannten kolonialen Spinnennetz, wie auch sonst, spielt die unterschiedliche Betrachtung der Klassen eine Rolle. Sehr wichtig ist das Geschlecht. 40% der Migranten waren Frauen, im Zwangsarbeitsbereich Asiens weniger, eine geringe weibliche Dominanz auch bei der Migration in Nordamerika von 1930–1980. Die Betonung der männlichen Arbeitsmigration ergab sich dadurch, dass sich viele Historiker auf den Stahlbereich als den führenden Bereich in der Industrialisierung stützen. Die Massenproduktion im Textilbereich nebst andern Faktoren hat dies geändert und vermehrt Frauen zur Migration veranlasst.

Entscheidend ist der Zusammenhang, dass die Migration über eine klare Trennlinie Süd-Nord verläuft. Weil die reicheren Nationen den ärmeren nicht helfen wollen, müssen diese billige Arbeitskräfte in die Metropolen des Nordens schicken.

Eine strenge Abgrenzung der Arbeitermigration ist nicht einfach. Das zeigte eine Frage von *Susanne Miller*, ob die Arbeitsmigranten eigentlich nur die Industriearbeiter seien und was mit den kleinen Selbständigen im Handwerk und Gastgewerbe sei. Nach *Dirk Hoerder* müsse man die Begriffe weit fassen und allenfalls mit den Begriffen spie-



len und von unabhängigem Proletariat sprechen. Die Grenzlinie sei aber bei landwirtschaftlichen Wanderern zu ziehen, die ja meist viel Kapital und andere Erfahrungen mitbringen, ebenso bei Elitenwanderungen von Kaufleuten, Intellektuellen und Rechtsanwälten.



René Gallissot, Frankreich: Arbeiterorgansationen und Einwanderer: Die Migranten machen das Proletariertum und die Bevölkerung in den Städten aus. Dieses wird von unten durch die Einwanderer erneuert, wodurch die verschiedenen Schichten der Hilfsarbeiter und der Arbeitnehmer gebildet werden, was zu einem hierarchisierten Proletariat führt. Die Wanderbewegungen transformieren die Arbeiterbewegung und zeigen deren Krise.

Die transnationalen Migrantenströme trafen stets auf die nationalen Arbeiterbewegungen und führten zur Segmentierung der Arbeiterbewegung und oft zu ethnischen Konflikten. Das hatte in der Geschichte der Arbeiterbewegung zur Folge, etwa am Kongress der Weltgewerkschaftsbewegung von 1926 in London, dass eine Kontrolle der Wanderbewegungen verlangt wurde.

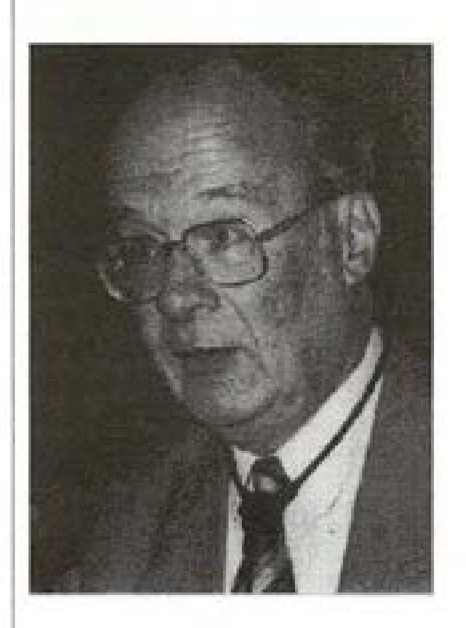
Der Stahlarbeiter, der in der bisherigen Forschung Modell für die Arbeiterbewegung gestanden hat, ist gleichzeitig auch ein nationaler Arbeiter. Er gehört zur nationalen Arbeiterklasse. Es ergibt sich die Verfassung einer nationalen Arbeiterklasse. Das ist die Verwirrung zwischen nationalem und antinationalem Interesse. Es kommt da zu einer Ethnisierung der Arbeiterklasse mit all ihren Folgen.

In den letzten 20 Jahren muss man von einer neuen Migrationsphase sprechen. Die ehemaligen Emigrationsländer, beispielsweise Italien, sind jetzt Immigrationsländer geworden. Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung gibt es in dieser neuen Phase auch eine Multiplizierung der Migrationspole. Es gibt jetzt Migrationspole im Südosten Asiens, ein anderer Pol sind die Erdölländer.

Ein weiteres wichtiges Phänomen dieser neuen Phase ist, dass wir es mit einer intellektuellen Emigration zu tun haben. Intelligentsia und Arbeitswelt sind bei diesen Migranten schwer zu trennen. Durch die Beherrschung oft mehrerer Sprachen verläuft auch der Akkulturationsprozess viel rascher als früher, als beispielsweise die Bauern nur ihre eigene Sprache beherrschten und grosse Schwierigkeiten hatten, sich einer neuen Kultur anzupassen. Das ist vor allem eine Bewegung der Jungen. Gleichzeitig besteht hier ein Primat der nationalen Ideologie in Milieus ausserhalb und neben der Arbeiterbewegung. Das ist die Krise der Scheren: die Arbeiterbewegung blieb gefangen in den Gewerkschaften und den nationalen Parteien, während die Migrationsbewegungen eine Transnationalisierung bedeuten, eine transnationale Kultur.

Zweite Konsequenz ist eine Verwässerung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern der entwickelten Art. Es entsteht eine Arbeitnehmerschaft, die sich aufgrund der extremen Segmentierung der Arbeitsplätze und der Arbeit aufsplittert zu einem neuen segmentarischen Korporatismus, wobei jede Gruppe innerhalb des Nationalstaats ihre sozialen Errungenschaften verteidigt, beispielsweise auch in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Über diese Segmentierung hinweg gibt es die klandestine Arbeit der Emigranten und ihre Integration an der Basis der neuen Hierarchie.

Marc Vuillemier, Schweiz, reagierte auf das Referat von *René Gallissot* und stellte einen Bruch zwischen Emigranten und Arbeitswelt im und nach dem Ersten Weltkrieg fest. Es war das Ende der Freizügigkeit in Europa und in gewisser Weise auch für die übrige Welt. Im Zusammenhang mit ihrem Verschwinden sieht er auch das Auftauchen verschiedener Zwangsarbeitssysteme im Zweiten Weltkrieg.



In der Periode vor 1914 sah *Marc Vuillemier* auch eine Nationalisierung der Arbeiterklassen, ein Prozess, der auch bei den Migranten ablief und nicht nur in Richtung Integration und fortschreitende Assimilierung in die Arbeiterklasse des Einwanderungslandes, sondern auch in Bezug auf das Ursprungsland. Das wurde gefördert durch Betreuung, um so einen Einfluss auf die Einwanderer zu gewinnen, was gleichzeitig das Aufblühen eines gewissen Nationalismus begünstigte.

René Gallissot hielt dazu fest, dass dieser Prozess der Nationalisierung Konterprozesse im Innern der Nationalisierung mit sich bringe. Die Einbindung der Immigrationen in die Organismen des Staates hat auf der andern Seite die Wanderungsbewegung begünstigt. Neben dieser Nationalisierung innerhalb der Wanderbewegung selbst gab es aber auch einen Trend zur Gemeinschaft innerhalb der Arbeiterbewegung, vor allem bei religiösen Gemeinschaften der Ein- und Auswanderung. Da gab es auch religiöse Be-

kehrungen. Das geht in Richtung Entnationalisierung, wie etwa auch beim Fundamentalismus im Islam.



Catherine Collomp, Frankreich: Die Immigration und Arbeiterbewegung in den USA, 1880–1920

Migrationsbewegungen haben zu allen Zeiten und überall in der Welt wesentlich zur Bildung der Arbeiterklassen beigetragen und diese geformt. Das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, wo zur Zeit der Massenimmigration im Jahre 1910 etwa 60% der Arbeitnehmer aus Immigrantenfamilien stammten. Schon 1880 war es so, dass etwa 60% der Einwohner Amerikas zwar im Lande geboren waren, aber Eltern anderer Nationalitäten hatten. Wenn noch die Grosselterngeneration einbezogen wird, zeigt sich, dass die ganze Arbeiterklasse Immigrantenursprung hatte.

Bei der Beziehung zwischen Immigration und Gewerkschaftsbewegung geht es hier vor allem um die Bildung der Gewerkschaftsbewegung in einer vorherrschend von Fremdarbeitern charakterisierten Gesellschaft und darum, wie die Gewerkschaften auf die wachsende Immigration reagierten. Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation in dieser Zeit ist nicht in einem Vakuum zu sehen, sondern es geht um die Frage der Beziehung zwischen einer Generation der Arbeitnehmer und der folgenden Generation, die in der Forschung als Segmentierung der Arbeiterschaft bezeichnet wird. Bedingt war diese durch die verschiedene Ausbildung. Es gab einen tiefen Graben zwischen den Arbeitern im Handwerk, die eine Lehre durchlaufen hatten, und den ungelernten Hilfskräften, die in den Massenindustrien arbeiteten. Das geschah durch die verschiedenen Wellen der Immigration, welche die Überlegenheit der zuerst Angekommenen verstärkten, die auf die neuen Migranten herabschauten.

Das entscheidende Charakteristikum aber ist, dass in den 1920er Jahren, als dieses korporatistische System entstand, der Organisationsgrad der Gewerkschaften, hauptsächlich in der Stahlindustrie, gering war. Das lag zum einen an der ›openshop‹-Politik der Unternehmer und deren Gewerkschaftsfeindlichkeit. Gerade die Masse der ungelernten Hilfsarbeiter war bis in die 1930er Jahre hinein nicht gewerkschaftlich organisiert. Dennoch gab es in den Jahren 1886 und 1909–1913 Aufstände und grosse Streikwellen der Arbeitnehmerschaft, und zwar der Facharbeiter wie auch der Hilfsarbeiter. Trotz ihrer Dramatik führten diese Streiks aber nicht zu einer stabilen Organisation der Arbeiter in den Gewerkschaften.

Der noch geringere Organisationsgrad der ungelernten Immigranten hing vor allem damit zusammen, dass sie ihre Anwesenheit im fremden Land als vorübergehend anschauten. Neuere Emigrationsstudien zeigen bedeutende Rückkehrraten in den osteuropäischen Staaten und den saisonalen Charakter der Migration vieler ungelernter Arbeiter. 70% der Italiener kehrten nach Hause zurück oder migrierten mehrere Male, anstatt in den Staaten zu bleiben, und bei den Migranten der Balkanländer waren es 80%; im Vergleich dazu lag diese Zahl bei den Deutschen um 30–35%. Es waren eher Migranten denn Immigranten mit keinerlei Interesse an Integration in die amerikanische Gesellschaft. Das Hauptinteresse bestand darin, während möglichst langer Zeit viel Geld zu machen, und deswegen bestand auch keine Tendenz zu streiken. Erst wenn die Situation unerträglich wurde, kam es zu Streiks oder ›lock-outs‹ als allerletzten Mitteln, die aber eigentlich ihren Plänen entgegenstanden.

Ein Schlaglicht bringt noch einmal ein Vergleich mit Frankreich: Dort kümmerten sich staatliche Stellen, Arbeitgeber und CGT um die Bedürfnisse der in die Ecke gedrängten Migranten, während in Amerika die Migranten die Initiative hatten, oft nach Hause schrieben und für Nachschub aus der Heimat sorgten. Es war ein immigranteninduzierter Arbeitsmarkt anstatt ein von den Behörden gesteuerter Arbeitsmarkt.

Die Beziehung von Ethnizität zur Gewerkschaftsbewegung war praktisch indifferent bei den ungelernten Migranten; bei den gelernten Arbeitern war sowohl die ethnische Bindung als auch die Einbindung in die Gewerkschaften viel stärker. Vor allem in Krisenzeiten, wie den beiden Weltkriegen, wurde die Arbeiterklasse in die tiefen Mechnismen der Politik integriert.



Interessant ist, dass bei deutschen Handelsleuten, Handwerkern und Brauereiarbeitern mit der stärkeren Ethnizität auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad höher war und dass sie auch vom sozialistischen Denken beeinflusst waren. Das galt auch für Bekleidungsarbeiter mit jüdischem Arbeiterhintergrund. Primär war aber die Bindung an die ethnische Gemeinschaft, weil im liberalen Amerika keine soziale Wohlfahrt und kein soziales Netz da war. Es gab nur die losen ethnischen Organisationen. Im Chicago der 1920er Jahre etwa lebten die Migranten in ethnischen Enklaven und erst als deren Gemein-

schaften in einem eng gewobenen Netz der gegenseitigen Hilfe aufgebaut waren, konnten sich die Gewerkschaften entsprechend entwickeln, als zweite Phase nicht der Akkulturation, sondern der Anpassung an die amerikanischen Lebensbedingungen.



Klaus Hödl, Österreich: Jüdische Arbeitsmigration

Zunächst referierte er über Forschungen von Nancy Green, die verhindert war. Sie fragt nach den müsse durch die Einbeziehung der ökonomischen Lage der Juden im Auswanderungsland als Migrationsfaktor ergänzt werden. Daneben sei aber auch die Untersuchung der Immigrationskräfte wichtig, also der sogenannten ›Push‹- und ›Pull‹-Faktoren. In der Tat umfasste die jüdische Migration von den 1880er Jahren bis in die 1920er Jahre Millionen und liess im wesentlichen die grossen jüdischen Gemeinden in Wien, Berlin, Paris, London, Chicago und New York entstehen. Die zwei Fragen, die sich nun Hödl vorlegte, waren: Gab es neben dem Antisemitismus und den Pogromen als ›Push‹-Faktoren auch spezifisch ökonomische Gründe als ›Pull‹-Kräfte, welche die jüdischen Auswanderer und Auswandererinnen in die genannten Metropolen lockten? Und: Kann man Unterscheidungen treffen bezüglich der Emigrationsziele?

Vor allem die erste Frage, ob es neben dem Antisemitismus im Auswanderungsland auch Verlockungen der Immigrationsziele gab, ging der Referent durch einen Vergleich der jüdischen Emigration von Russland und von Galizien an.

Aus Russland wanderten von 1881 bis 1890 135'000 Juden in die USA aus Galizien 67'000. Würde sich das Verhältnis von 7 zu 1 der Anzahl der russischen und der galizischen Juden auch in den Auswanderungszahlen niederschlagen, so hätten aus Galizien nur 19'000 statt 30'000 beziehungsweise nur 40'000 statt 67'000 auswandern dürfen. In Russland gab es aber Pogrome und in Galizien nicht, und auch der Antisemitismus war hier geringer. Also war nicht die Flucht vor antisemitischen Gewalttätigkeiten das zentrale Auswanderungsmotiv, sondern die Suche nach einer besseren Verdienstmöglichkeit.

Zur zweiten Frage: Gab es eine bewusste Auswahl der Immigrationsziele und somit Unterschiede zwischen den Juden, die nach Wien, und jenen, die nach New York wanderten? Der Referent meinte ja. Nebst dem weniger wichtigen ökonomischen Grund, dass die Textilindustrie in den USA boomte, war wichtiger, dass die Bekleidungsindustrie weitgehend in jüdischen Händen lag und dass diese ihren neu eingewanderten Glaubensbrüdern und Schwestern bei der Integration in die amerikanische Gesellschaft helfen wollten. Auch die geringere Anfeindung in New York als in Wien spielte eine Rolle. Aber all das war keine



Gründen der Emigration aus Russland nach Paris und relativierte das Bild des Juden, der durch Antisemitismus und Pogrome von einem Land ins andere gejagt wird. Dieses ein, cirka 70% der gesamten jüdischen Emigration; aus Galizien, wo siebenmal weniger Juden lebten, 30'000. In der darauffolgenden Dekade waren es aus Russland 280'000, prinzipielle Voraussetzung für die Bevorzugung Amerikas. In Wirklichkeit waren religiöse Gründe dafür bestimmend. Je schwächer der religiöse Einluss, desto eher und wei-

ter reiste man. Diese Hypothese wurde wie folgt begründet:

1. Die jüdische Welt ist eine Welt des Studierens, eine Kultur der Bildung. Am meisten soziales Ansehen genoss man durch religiösen Kenntnisreichtum. Die Bindung zum Judentum war also unter jenen gross, die oft täglich die Bibel studieren konnten, und nahm unter jenen ab, die des Lesens nicht so kundig waren und deren Existenzfristung durch Arbeit keine Zeit zum Studieren liess.

2. Die Religion und ihre Autoritäten waren gegen die Auswanderung, weil sie wussten, dass ihre religiöse Kultur sich nur schwerlich in eine westeuropäische Metropole transferieren liess und schon gar nicht nach Amerika.

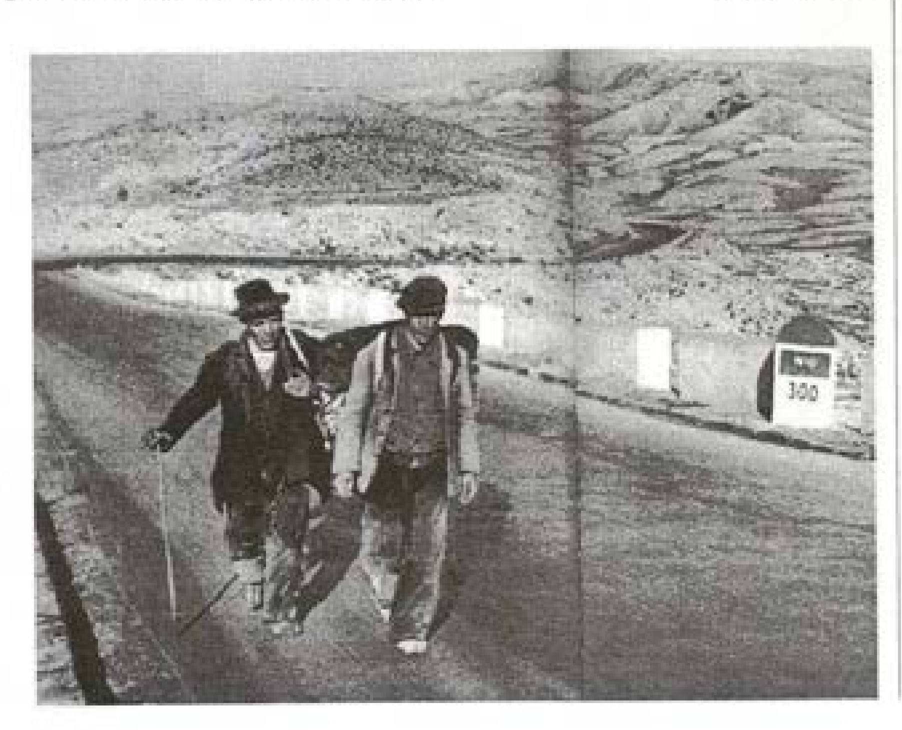
3. In Galizien gab es traditionellerweise eine starke Kluft zwischen den Handwerkern und den Händlern, die mit ihrer Strenggläubigkeit in den ersteren ihr Feindbild hatten (vgl. 1.)

4. Wien lag näher, die Reise also leichter und der österreichische Kaiser galt als Schutzherr gegen den Antisemitismus. Jiddisch war dem Deutschen sehr ähnlich, es musste keine neue Sprache erlernt werden, und es gab im Vergleich zu New York eine leichte Rückkehrmöglichkeit.

Schlussfolgerungen: Wer nach New York emigrierte, brach in eine fremdere Welt auf und musste eher fähig sein, sich dem religiösen Einfluss der Rabbiner zu entziehen, als jener, der nur nach Wien zog oder in Galizien blieb. Die entsprechenden Vorstellungen stimmen genau mit der Realität überein. Die ersten, die auswanderten, waren die ungelernten Arbeiter, die nach New York zogen. Sie waren am wenigsten an die Religion gebunden. In den 1890er Jahren kam es zu Veränderungen. Die Auswanderung nach Wien begann; sie bestand hauptsächlich aus Händlern, also aus jenen, die sich schwer taten in die fremdere Welt New Yorks zu ziehen. Dagegen zogen die Handwerker, welche schon immer in einer gewissen Opposition zur Religion gestanden hatten, nach New York. Die grössere Verbundenheit mit der Religion zeigte sich bei den jüdischen Emigranten nach Wien auch an der Organisationsstruktur: ihre ersten Zusammenschlüsse waren nämlich – anders als in New York – Bethausvereine.

Schlussfolgerungen: 1. Die jüdischen Migrationsbewegung um die Jahrhundertwende wurde weniger durch einen Antisemitismus hervorgerufen und war eher durch die ökonomische Lage bedingt. 2. Der Vorzug der Emigrationsziele war von der religiösen Affiziertheit der Migranten und Migrantinnen abhängig und weniger von ökonomischen Erwägungen.

Albert Utiger



Die IAHLI-Konferenz, 6.–9. Sept. 1995 in Moskau

Die IAHLI (International Association of History of Labour Institutions), die Internationale Vereinigung der Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung, traf sich im »Russischen Zentrum«.

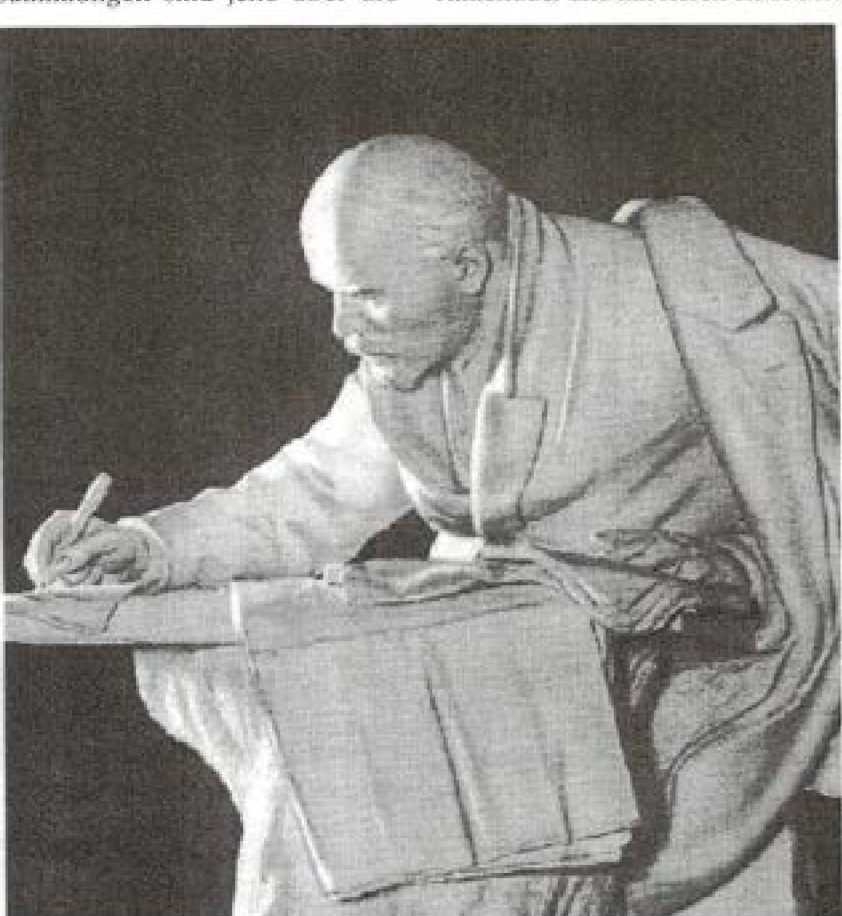
An der Generalversammlung wurde als besonderer Punkt über die Konferenz im Frühjahr beim IISG Amsterdam berichtet, wo sich Repräsentanten verschiedener Arbeitermuseen trafen. Ein wichtiger Verhandlungsgegenstand war dort der Austausch von Duplikaten zwischen den verschiedenen Instituten, verbunden mit der Frage, ob es dafür einer zentralen Organisation bedürfe.

Im weiteren stand die Informatisierung der Mitgliederinstitute auf der Tagesordnung. Hier ging es darum, sich auf akzeptable Standards für alle und auf ein System zu einigen, das mit möglichst vielen andern kompatibel ist. Die Vorstellungen der vielen Archive sind aber sehr verschieden. Vor zwei Jahren wurde ein Projekt gestartet, zunächst nur mit der Beteiligung der grösseren Institute, um die verschiedenen Vorstellungen erst einmal zu sammeln und dann die Ziele des Projekts genauer zu definieren.

Immer auf dem Programm stehen selbstverständlich wichtige Institutionen zur Geschichte der Arbeiterbewegung am jeweiligen Tagungsort der IAHLI. Das war dieses Jahr in Moskau das »Russische Zentrum für die Bewahrung und das Studium der Urkunden für moderne Geschichte«, die Staatsbiliothek (GOPB) und das Lenin-Museum in Gorki.

Die GOPB an der Wilhelm-Pieckstrasse 4, ist mit 2 Mio. Bänden die

grösste Spezialbibliothek in Russland auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften. Die Sammlung ist sehr reich an Unikaten: Bücher, Periodika und Fluglätter vom 16. Jahrhundert aus Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und der politischen Geschichte Europas und Amerikas und aus der Geschichte der sozialen Ideen, der Philosophie und der Verfassungsgeschichten. Hier liegt auch die vollständigste Sammlung Russlands über die eigene und die internationale Arbeiterbewegung. Die wertvollsten Sammlungen sind jene über die Französische Revolution, die Erste Internationale, die Pariser Kommune und die illegale russische Revolutionsliteratur des 19. und 20. Jahrhunderts. Diese Bibliothek bildete vor 1991 zusammen mit dem heutigen Spezialarchiv des Russischen Zentrums das ehemalige Institut für Leninismus-Marxismus (ILM). Heute sind beide Institute organisatorisch getrennt und haben je eigene Aufgaben zu erfüllen.



Bei der Besichtigung der Umgebung Moskaus fuhren wir auch nach Gorki, einem kleinen Dorf etwa 50 Kilomenter ausserhalb der Stadt. Lenin verbrachte hier auf der Datscha - nach seinem ersten Schlaganfall im Jahre 1922 - seine zwei letzten Lebensjahre. Die Bibliothek ist noch unangetastet, wie Lenin sie benutzt hatte. Im Wintergarten steht der Flügel und ein Filmprojektor, im Raum daneben ein motorisierter Rollstuhl Lenins, ein Geschenk der englischen Gewerkschaften. In der Garage steht noch der Rolls Royce, der für Lenin und die russischen Verhältnisse speziell umgebaut worden war, nämlich mit etwa 2 Meter langen Gummiraupen anstelle der Hinterräder und mit Kufen unter den Vorderrädern. In einem speziellen Gebäude befindet sich das Lenin-Museum, das erst 1993 fertiggestellt wurde, wo unter anderem im Stile des sozialistischen Realismus dreidimensional durch Spiegeleffekte, mit Original-Tondokumenten untermalt, Szenen aus Lenins politischem Leben gezeigt werden, eine sehr kostspielige und eher sterile Angelegenheit.

Der Leninkult hier, wie auch im Lenin-Mausoleum am Roten Platz in Moskau, dauert scheinbar ungebrochen an, wenn auch die Warteschlangen zur Besichtigung der Mumie Lenins wesentlich kürzer geworden sind; daneben die typische Architektur orhodoxer Kirchen und der Glanz ihrer Innenräume, überfüllt mit Gläubigen. Dem entspricht der zunehmende Einfluss der Kirchen in Staat und Gesellschaft in Russland.

Albert Utiger



Bildernachweis

S. 3. Foto: Max Messerli
S. 5/7.: Clément Moreau. Aus ›Nacht über Deutschland‹.
S. 8. Mutter mit Kindern bei der Ankunft in Ellis Island. Aus: ›Aufbruch in die Fremde‹, Hg. Dirk Hoerder. Ed. Temmen. Bremen 1992
S. 10. Foto: GRETLER's PANOPTIKUM zur Sozialgeschichte
S. 12. Blanca (Rosana Pastor) und David (Ian Hart), Bild PD
S. 15/27. Fotos: Hans Namuth/Georg Reisner. Aus ›Spanisches Tagebuch 1936‹, Verlag Nishen, Berlin 1986
S. 16-19. Fotos: Stefan Weigang
S. 18: Das Hotel ›Grütli‹ in New York, für viele Schweizer die erste Herberge in der Neuen Welt. Aus: Werner Hagmann: ›Fern der Heimat‹, Buchs Druck und Verlag 1989
S. 19. Ruhleben bei Berlin, Auswanderersammelbahnhof. Aus: ›Aufbruch in die Fremde‹.
S. 20. Bäuerliche Emigration. Flucht vor der Armut in die Industriezentren des Nordens Spaniens. Foto: Dukas, Zürich
S. 21. Bild: Lenin-Museum, Gorki bei Moskau



Mitteilungen der Studienbibliothek

Die Stiftung Studienbibliothek sammelt Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Videos und Archivalien. Dabei wird die Raumnot grösser und das Geld zusehends knapper.

In dieser Situation haben die verschiedenen Gremien nachgedacht, externe Experten gehört, Vor- und Nachteile abgewogen und gemeinsam mit dem Stiftungsrat entschieden, aus der Studienbibliothek ein Spezialarchiv mit Bibliothek zu machen. Das bedeutet die Konzentration auf folgende Kernbereiche:

- Arbeiterbewegung/Arbeiterkultur Nationalsozialismus/Widerstand/Exil
- Realsozialistische Länder (primär DDR, SU)
- Neue Soziale Bewegungen

An diesen Kernbereichen orientiert sich der Buchbestand. Den Archivalien, deren Kernbereiche die Arbeiterbewegung der Schweiz (KPS, PdA und ihre Bündnisorganisationen) und die Neuen Sozialen Bewegungen mit den Schwerpunkten 68er- und 80er-Bewegung sind, werden die Ton-, Bildträger und andere Medien inhaltlich zugeordnet. Daran orientiert sich wiederum der Zeitschriftenbestand.

Dieser Ausbau zu einem Spezialarchiv mit Bibliothek auf der Basis einer inhaltlichen Schwerpunktsetzung wird uns zu einer wichtigen Dokumentationsstelle machen, die sowohl in Zusammenarbeit mit universitären Forschungsstellen als auch mit Geschichtswerkstätten, Videoläden, Presse, Zeitzeugen und Zeitzeuginnen ihren Platz hat.

Als Ort, an dem weiterhin gesammelt und aufbewahrt wird, bleibt die Studienbibliothek bestehen, als Ort, der auch konsequent dokumentiert, wird sie mit Ihrer/eurer Unterstützung in die Zukunft blicken.

Ausschuss des Stiftungsrates
Brigitte Walz-Richter

Die Archivalien der Studienbibliothek im Überblick

Archivalien von Personen:

- Julius Alpári
- George Baehler/Pollux
- Elise ›Liesel‹ Bruggmann
- Richard Büchner
- Heinrich Dübendorfer
- Franz Dübi
- Margrit Faas-Hardegger
- Heinrich Frey
- Paul Gurewitsch
- Jakob ›Joggi‹ Herzog
- Christian A. Hitz
- Ernst Högger
- Alfred Hümbelin
- Charlotte ›Lotte‹ Hümbelin-Bindel
- Christel Neusüss
- Gottfried Oswald
- Theo Pinkus
- Anna Siemsen
- Paula Suter-Lippmann
- Charles Ferdinand Vaucher
- Otto Volkart

Archivalien von Organisationen und zu Sachthemen:
(*noch nicht erschlossen)

- Abtreibungsprozess gegen Dr. Haeberlin, Dr. Kollbrunner und Mitbeteiligte
- ›Alter‹ Arbeiterbund
- Arbeiter-Basis-Komitee, Zürich (ABK)
- Arbeiterjugendkonferenz, 3./4. Juli 1948, Zürich
- Arbeitsgruppe Demokratisches Manifest, Zürich*
- Austromarxismus: Colloque internationale 1982, Paris
- Autonomes Jugendzentrum Zürich (AJZ)
- Centrale Sanitaire Suisse (CSS)*
- Conférence Internationale sur la participation, le contrôle ouvrier et l'autogestion, Paris 1977
- Fortschrittliche Arbeiter, Schüler

und Studenten (FASS)
- Fortschrittliche Gewerkschafter Zürich (FGZ)
- Fortschrittliche Studenten Zürich (FSZ)
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)*
- Gigawatt*
- IG Kanzlei, Zürich*
- Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienfreiwilliger*
- International Association of Labour History Institutions (IALHI)
- Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterbewegung (ITH)
- Internationalism in the Labour Movement before 1940, Symposium zum 50-jährigen Bestehen des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam 1985
- Jugend- und Studentenbewegung 1968
- Karl Marx: Zum 100. Todestag von 1983
- Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)
- Kommunistische Organisation Arbeiterpartei (KOAP)
- KPS-Kaderakten
- KPS-Kominternakten
- Longo Mai*
- Münzenbergtagung der Studienbibliothek, Zürich 1989
- Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS)
- Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich (RAZ)
- Rosa Luxemburg-Tagungen, Linz 1981, Paris 1983
- Salecina-Seminar »Grabe, wo du stehst«, 1981
- Schweizerische Kommunistische Organisation (SKO)
- Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband (SMUV), Gruppe Ingenieure und technische Angestellte
- Schweizerisches Komitee für politische Amnestie in Spanien*
- Singgruppe Zürich
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)*
- Studiengemeinschaft zur Geschichte der Schweizerischen Arbeiterbewegung, Zürich 1968/69
- Vereinigung Kultur + Volk*
- Werkstatt schreibender Arbeiterinnen und Arbeiter, Zürich*
- Zürcher Bewegung 1980/81
- Zürcher Frauenvereinigung für sozialen Fortschritt
- Zürcher Republikanischer Klub

Zum Archivbestand RAZ – ABK – KOAP – SKO

In den späten 1960er Jahren war die Diskussion um die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft innerhalb der Linken en vogue. Der Aufbau einer revolutionären Organisation schien deshalb dringend notwendig, und so gründete man ein Gebilde, in dessen Namen diese Notwendigkeit bestens zum Ausdruck kam: die Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich, »RAZ«.

Nun konnten kürzlich die bereits bei uns vorhandenen Materialien über und von der RAZ dank einer umfangreichen privaten Schenkung beträchtlich erweitert werden. Durch Findmittel wird ein Stück linker zürcherischer Organisationsgeschichte zugänglich. Die authentischen Dokumente geben zehn Jahre hitzige Debatten über die richtige Politik im Klassenkampf wider. Die Geschichte der RAZ ist auch eine Geschichte der Spaltungen. Die »revolutionäre« Dynamik liess immer wieder neue Organisationen und Parteien entstehen. Der Archivbestand spiegelt diese Entwicklung durch zahlreiche interne Papiere des Arbeiter-Basis-Komitees (ABK), der Kommunistische Organisation Arbeiterpartei (KOAP) und der Schweizerische Kommunistische Organisation (SKO).

Der RAZ-Bestand selbst umfasst Protokolle des Politbüros und Zentralkomitees, der Vollversammlungen, der Lehrlings-, Mieter-, VPOD- und Studentenkommission sowie der Metallgruppe; aber auch Konferenzberichte, Thesenpapiere zur »Massenliniendiskussion«, Verlautbarungen zu gesellschaftlich relevanten Themen, Flugblätter, Schulungspapiere und interne Mitteilungsbulletins. Für agitatorische Zwecke hatte man verschiedene Zeitungen: Etwa die »Arbeiterstimme«, die vor den Fabriktoren der BBC Oerlikon (heute ABB) verteilt wurde oder den »Betriebskampf« und den »Betriebskampf der VBZ«.

Peter Brunner

Eine neue Dienstleistung der Studienbibliothek: Aufbau einer neuen Personen- und Organisationendatei

Die Studienbibliothek strukturiert die von Amalie und Theo Pinkus seit 1948 aufgebaute Zeitungsausschnittsammlung in eine Personen- und Organisationendatei um und will diese in einer zweiten Phase in ihr Bibliothekssystem integrieren, um auch Recherchen am Bildschirm zu ermöglichen.

Die umfangreiche, 150'000–200'000 Zeitungsblätter und weiteres Material umfassende Sammlung der Studienbibliothek wird in eine Personen- und Organisationsdatei umstrukturiert. Zusammen mit Amalie hat Theo Pinkus diese Materialien seit dem Jahre 1948, als Archiv der Zeitschrift ›Zeitdienst‹ systematisch gesammelt und laufend ergänzt, so dass sich auch viele Zeitungsausschnitte aus den 1920er und 1930er Jahren auffinden lassen. Im Endausbau wird diese Datei 7'000–9'000 Namen und einige 100 Organisationen umfassen. Zum Sammelgebiet gehören Persönlichkeiten und Organisationen aus Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik in den Staaten des ›real existierenden Sozialismus‹ sowie aus dem politischen und sozialen Geschehen in den wichtigsten westlichen Industrieländern und der Dritten Welt.

Die Arbeit ist seit zweieinhalb Jahren im Gang und wird in freiwilligem Einsatz durch Frau Anna Sicher und Herrn Ernst Heiniger geleistet. Nach ihrer Einschätzung wird die



Personendatei, die in der ersten Phase in Angriff genommen wurde, im Laufe des nächsten Jahres ›abgeschlossen‹ sein. Peter Brunner arbeitet gleichzeitig am Ausbau der Organisationendatei und gewisser Bereiche nach Sachthemen. Im Prinzip ist die Personendatei bereits zugänglich, und es sind bis jetzt etwa 5'000 Personendossiers vorhanden, von Else Lasker-Schüler über Max Frisch, Elisabeth Kopp bis zu Michail Gorbatschow. Wer immer sich mit einem politischen oder kulturellen Thema beschäftigt, wer mehr über eine soziale Bewegung wissen möchte oder etwa in einem Vortrag eine Person oder ein Sachgebiet vorzustellen hat, weiss, wie schwierig Daten über Personen und ihre Arbeitsbereiche zu finden sind. Wer sich genauer informieren möchte, ist herzlich eingeladen in der Studienbibliothek vorbeizukommen und die Probe aufs Exempel zu machen. Möglichst bald sollen die Dossiers über EDV erschlossen werden, sodass es auch möglich ist, beispielsweise alle aufgeführten Schriftstellerinnen oder Schriftsteller, alle Politikerinnen, alle Bildhauer, alle Soziologinnen, alle Sozialrevolutionäre, alle Philosophinnen, alle Psychoanalytiker usw., auch nach Ländern, abzurufen.

Anna Sicher und Ernst Heiniger ist es ein grosses Anliegen, die Datei weiter zu vervollständigen. Und darum appellieren sie an alle, die privat ein Archiv von Zeitungsausschnitten haben, auch graue Literatur, Flugblätter, Rundschreiben usw., dieses bei einer ›Züglete‹ oder bei einer ›Frühlingsputzete‹ nicht einfach fortzuwerfen, sondern ihnen für die Verarbeitung in die Personen- und Organisationendatei zu überlassen. Denn diese wird nicht irgendwann abgeschlossen, sondern weiter bearbeitet und durch den Fortgang der Sammeltätigkeit, vor allem durch wichtige Tageszeitungen, laufend gespiesen.

Albert Utiger

Generalversammlung des Fördervereins der Studienbibliothek

Am 26. Oktober 1995 fand im ›Coopi‹ die Generalversammlung unseres Fördervereins statt. Nach der etwas holprigen Abwicklung der statutengemässen Geschäfte gab es zum ›Dessert‹ den sehr interessanten und anregenden Vortrag von Hansjörg Braunschweig, alt Nationalrat, ehemaliger Präsident der SP des Kantons Zürich, Präsident des Schweizerischen Friedensrates und nun Präsident der letzthin entstandenen Stiftung Archiv Schnüffelstaat Schweiz (ASS). Diese Aufzählung gehört zum Thema. Denn aus persönlicher Betroffenheit heraus zeigte Hansjörg Braunschweig in seinem lebendigen Referat die Notwendigkeit auf – trotz der bereits beim Volk eingetretenen Müdigkeit in der Fichengeschichte – die Dossiers vieler Betroffener zu sammeln und im Sozialarchiv zu archivieren. Damit möchte man eine Plattform gewinnen für die Aufklärung der Vergangenheit und für Gegeninformation in der Zukunft. Die ASS rechnet mit einer Einlage von mindestens 300 Dossiers und erhofft sich zusätzliche Aktenbündel vor allem auch von Organisationen, die für die genaue historische Nachzeichnung sozialer Bewegungen wichtig werden können. Wer Material abgeben möchte, wende sich an Hansjörg Braunschweig oder ans Schweizerische Sozialarchiv. Auch die Studienbibliothek kann grundsätzlich eventuell auftauchende Fragen zu diesem Problemkomplex beantworten.

Albert Utiger

Buchbesprechungen

UNE SOMME SUR LE PARTI COMMUNISTE SUISSE DE 1931 à 1939

Brigitte Studer, Un parti sous influence, Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931 à 1939, L'Age d'Homme, Lausanne 1994, 818 p.

Après avoir achevé en 1982 son mémoire de licence consacré à Rosa Grimm, Brigitte Studer a rédigé de nombreuses études sur le mouvement communiste en Suisse pendant l'entre-deux-guerres et a publié en 1994 sa thèse de doctorat en sciences politiques. Cet imposant ouvrage impressionne par l'ampleur des recherches et des résultats. De nombreux voyages l'ont entraînée à La Chaux-de-Fonds, à Berne, à Zurich et surtout à Moscou dès 1990. B. Studer fait partie de la poignée de Suisses qui ont reçu l'autorisation de consulter les archives soviétiques. Afin de pouvoir écrire son livre, elle a surmonté plusieurs obstacles. Les barrières les plus hermétiques ne sont pas toujours à Moscou, car à Berne les autorités continuent à multiplier les arguties juridiques afin d'entraver la consultation de certains documents. Un récent arrêt du Tribunal fédéral devrait permettre de dépouiller certains dossiers que B. Studer n'a pas été autorisée à consulter. Son livre est à la fois l'aboutissement d'un effort personnel et un résultat du travail de l'équipe chargée d'éditer, sous la direction



du professeur André Lasserre, les archives de Jules Humbert-Droz.[14] Cette recherche, financée par le Fonds national de la recherche scientifique, a permis d'organiser en 1991 un colloque à La Chaux-de-Fonds dont les actes ont été publiés.[15]

Malgré la rédaction de cet ouvrage, B. Studer estime qu'il subsiste des lacunes dans l'histoire du mouvement communiste. Continuant ses recherches, elle a notamment dirigé la composition du dossier thématique sur le Komintern publié dans le numéro 6/1995 de la revue d'histoire ›Traverse‹.

Dans sa thèse, elle analyse les relations entre l'appareil du Komintern et sa section suisse, avec force détails et informations inédites.

Les raisons qui expliquent que l'implantation du PCS soit surtout alémanique et urbaine sont rappelées. B. Studer apporte des éléments particulièrement nouveaux en publiant des tableaux statistiques fort intéressants sur le nombre et les activités des membres, sur le tirage des journaux, sur les sources de

financement, sur le profil sociologique des responsables communistes, notamment de ceux qui se sont rendus à Moscou pour y suivre une formation et y travailler au service des organisations communistes. Dès ses débuts, le PCS verra ses rangs se dégarnir progressivement: il regroupe environ 2'000 personnes en 1928 et, malgré une légère remontée en 1935-1936, un millier en 1938. Le pacte Hitler-Staline de 1939 achèvera de réduire le nombre des militant(e)s à quelques centaines. Particulièrement précieuse est la publication de plus de 350 notices biographiques des militant(e)s communistes: en combinant les sources les plus diverses (articles, renseignements des polices politiques en Suisse et en URSS, entretiens avec de nombreuses personnes), B. Studer livre une série de portraits, souvent émouvants, et de destins individuels, parfois tragiques. L'épaisseur humaine des débats politiques est bien présente. L'analyse des conflits ne se résume pas à un affrontement de schémas théoriques et de modèles formalisés qui sont actuellement trop à la mode.

La première partie du livre expose l'alignement (qui devient inconditionnel) du PCS au prix d'une rude adaptation structurelle et politique au modèle russe. Dans une deuxième partie, les structures internationales et suisses sont reconstituées grâce à une analyse des organisations et leurs responsables. La troisième partie traite des activités communistes en Suisse: pratiques analogues à celles des autres sections du Komintern, mais aussi, en raison de la situation géographique et politique de la Suisse qui devient un lieu de repli (pour les réfugiés et même pour les propriétés des organisations communistes allemandes), un lieu de passage (notamment lors de la guerre civile espagnole) et un relais propagandiste (grâce aux publications et aux agences de presse).

Dans sa conclusion, B. Studer écrit que son étude a démontré «l'ampleur de la sujétion et l'imbrication étroite de la section suisse aux structures du Komintern aussi bien sur le plan de l'organisation et des personnes qu'au point de vue matériel.<...> L'intervention violente de l'Internationale communiste en 1929-1930 instaure un mode de fonctionnement qui ne craint pas la comparaison avec la discipline militaire.» L'équipe de direction est complètement remaniée; une nouvelle politique et un autre style de militantisme sont imposés, tandis que le mouvement communiste est de plus en plus instrumentalisé au service du régime soviétique et de la politique de Staline.

Un compte-rendu doit aussi mentionner des aspects critiquables. Je me permets donc de signaler que la masse d'informations atteint une telle ampleur que parfois la lecture devient difficile: on a tendance à s'enfoncer dans les détails et à ne plus voir les lignes de force de la problématique envisagée. Certaines répétions et erreurs ponctuelles auraient pu être évitées. Plus fondamentalement, il me semble que l'équilibre entre les différents facteurs qui déterminent l'histoire du PCS est parfois compromis: l'histoire de la société suisse, le rile des milieux patriotiques anticommunistes et l'évolution du mouvement ouvrier socialiste restent un peu sommaires: par exemple, le concept de «subsociété» est repris des études du professeur Urs Altermatt sur le catholicisme. Or, il aurait été pertinent de mieux intégrer d'autres analyses sur les organisations socialistes dans l'entre-deux-guerres, car celles-ci représentaient pour les membres du PCS souvent leur milieu formateur et les organisations rivales. Ces quelques remarques n'enlèvent rien à la valeur et à l'importance d'une œuvre considérable.

Marc Perrenoud

Eine Studie über die Kommunistische Partei der Schweiz von 1931 bis 1939

Nach der Lizentiatsarbeit über Rosa Grimm hat Brigitte Studer nun ihre Dissertation über «Eine Partei unter Einfluss. Die Kommunistische Partei der Schweiz, eine Sektion der Komintern 1931 bis 1939, Lausanne 1994», publiziert. Der Zugang zu den Dokumenten war hindernisreich, nicht nur in Moskau, sondern auch in Bern.

In ihrer «thèse» untersucht Brigitte Studer die Beziehungen zwischen dem Apparat der Komintern und ihrer Schweizer Sektion detailreich und präsentiert bisher nicht publizierte Informationen. Sie erstellte interessante Statistiken über die Aktivitäten der Mitglieder, über die Höhe der Zeitungsauflagen, ihre Finanzierung und über die gesellschaftliche Stellung der kommunistischen Führungsschicht, vor allem von jenen, die in Moskau in internationalen Gremien tätig waren oder an Bildungskursen teilnahmen.

Ab 1928 ging es mit der KPS bergab; die Mitgliederzahl von 2'000 im Jahre 1928 nahm, nach einer leichten Steigerung beim Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs, auf 1'000 im Jahre 1938 ab, und nach dem Bekanntwerden des Hitler-Stalin-Paktes waren es noch einige hundert.

Was das Buch besonders wertvoll macht, sind die 350 biographischen Notizen, die Brigitte Studer aus verschiedenen Quellen und in zahlreichen Gesprächen zusammengetragen hat. Darunter sind viele bewegende persönliche Schicksale. Die Autorin hat die Rolle der menschlichen Faktoren, die hinter vielen Debatten und Auseinandersetzungen wirkten, sehr gut aufgezeigt. Die Analsyse von Konflikten lässt sich nicht auf theoretische Schemata und formalisierte Modelle reduzieren, wie sie heute zu sehr in Mode sind.

Der erste Teil des Buches thematisiert die zum Teil rüde Anpassung der KPS an das russische Modell. Im zweiten Teil werden die Strukturen der KPS und der Komintern und in einem dritten Teil die Aktivitäten der schweizerischen Kommunisten analysiert. Dank der geografischen und politischen Lage wird die Schweiz ein Ort des Ausweichens (für die Emigranten), ein Durchgangsland (für die internationalen Spanienfreiwilligen) und eine Schaltstelle für die Propaganda. Abschliessend hält Brigitte Studer fest, dass die Unterwerfung der KPS unter die Strukturen der Komintern durch massive In-

terventionen, vor allem in der Zeit des ultralinken Kurses 1929/30, erzwungen worden sei. Alles wurde ausgewechselt: Führungsmannschaft und politischer Stil, und so wurde die kommunistische Bewegung zunehmend im Dienste des sowjetischen Regimes und der Politik Stalins instrumentalisiert.
Es wären noch einige Kritikpunkte anzubringen. Die Unzahl der Informationen macht die Lektüre oft schwierig: man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Gewisse Wiederholungen und Irrtümer hätten vermieden werden können. Grundsätzlich scheint mir aber, dass die Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Faktoren, die auf die KPS einwirkten, zuweilen verloren geht. Die Rolle der patriotischen antikommunistischen Milieus und der sozialistischen Arbeiterbewegung bleiben etwas vage. Vielleicht hätten noch andere Analysen über die sozialistischen Organisationen in der Zwischenkriegsperiode einbezogen werden sollen, weil die Kommunisten in diesen Milieus oft ihre ersten Erfahrungen machten und auch eine Konkurrenz für sie waren. Diese wenigen Bemerkungen sollen jedoch den Wert und die Wichtigkeit des Werkes in keiner Weise schmälern.

Marc Perrenoud
(Zusammenfassung: Albert Utiger)



Irme Schaber, Gerta Taro, Fotoreporterin im Spanischen Bürgerkrieg. Eine Biographie, Jonas, Marburg 1994. 254 S. Fr. 49.40.

Gerta Taro wurde 1910 in Stuttgart als Gerta Pohorylle geboren. Sie stammte aus einem ostgalizischen jüdischen Elternhaus. Aufgewachsen in Stuttgart und Leipzig erlebte sie ihre Kindheit und Jugend in assimiliertem, unpolitischem Milieu. Wirtschaftskrise und Faschismus politisierten die junge Frau, die der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) nahestand und 1933 nach Paris emigrierte. Dort lernte sie André Friedmann kennen, einen jungen Fotografen aus Ungarn, der bereits in Berlin zu fotografieren begonnen hatte. Sie taten sich privat und beruflich zusammen und firmierten zuerst gemeinsam unter dem Pseudonym ›CAPA‹. 1936 gingen sie nach Spanien, um dort die Verteidigung der Republik dokumentarisch festzuhalten. Noch erschienen die meisten Fotos unter dem Namen CAPA, manche davon stammen von Gerta, die sich den Künstlernamen ›Taro‹ zulegte, unter dem sie ihre Fotos in der internationalen Presse veröffentlichte. 1937, kurz vor ihrem 27. Geburtstag, verunglückte die engagierte Fotografin tödlich bei ihrer Arbeit im Spanischen Bürgerkrieg. Ihre Beerdigung auf dem Friedhof Père-Lachaise wurde zu einer antifaschistischen Manifestation, ihr Leben und ihr Tod fortan stilisiert zu einer Mischung aus Widerstand, Martyrium und Frauenschicksal.
Irme Schaber erzählt die Geschichte von Gerta Taro. Ich sage bewusst erzählt, obwohl es sich um ein Sachbuch handelt, um ein gutes obendrein, gerade dann, wenn die Autorin erzählt. ›Oral history‹ ist eine der Methoden. Frauenforschung ein am eigenen Geschlecht interessierter Bezugspunkt. Die Suche nach den ›besseren Deutschen‹ eine der Möglichkeiten, als Kind der Täter mit der Vergangenheit umzugehen.
Alles ist drin in diesem geschilderten Leben: Courage, Engagement, Politik, Liebe, partnerschaftliche Berufstätigkeit. Alles, was viele Frauen vor allem seit 1968 und danach in ihrem eigenen Leben zu realisieren versuchen. Irme Schaber lässt uns das spüren, so dass ihr Buch nicht nur das Leben von Gerta Taro nachzeichnet, sondern gleichermassen uns Leserinnen die eigenen Wünsche nach einem politischen und privat ausgefüllten Leben erleben oder erahnen lässt.
Dieses Buch ist aber keineswegs nur an Frauen gerichtet, Männer werden es ebenfalls gerne und vielleicht mit anderem Gewinn lesen. Auch hierin halte ich es für geglückt.

Brigitte Walz-Richter

Neue Bücher kurz vorgestellt

Asyl und Aufenthalt, Die Schweiz als Zuflucht und Wirkungsstätte von Slaven im 19. und 20. Jahrhundert. Monika Bankowski, Peter Brang, Carsten Goehrke und Werner G. Zimmerman (Hrsg.) , Helbing & Lichtenhahn, Basel und Frankfurt/ M 1994, 320.00.0003.

In reicher Vielfalt werden die grossen Wellen der slavischen Immigration aufgezeigt, von der polnischen in den Jahren 1830 und 1863, über die verschiedenen revolutionären und oppositionellen Gruppen aus dem Zarenreich und Österreich-Ungarn bis zur tschechoslowakischen Immigration von 1968. Es wird auf die Bedeutung hingewiesen, welche die Schweiz als Freiraum und Plattform für Gruppen hatte, die manche schicksalhaften weltpolitischen Veränderungen unseres Jahrhunderts vorbereiteten, sowie auf die Auswirkung auf Kunst und Literatur. Das Buch umfasst 19 Beiträge sowie eine kommentierte Bibliografie, die auf 150 Seiten 750 Titel verzeichnet.

Die Dreyfus-Affäre, Militärwahn, Republikfeindschaft, Judenhass. Vincent Duclert, Wagenbach, Berlin 1994, 720.01:0005.

Im Dezember 1894 wurde der jüdische Offizier Dreyfuss von einem Pariser Militärgericht wegen Hochverrat verurteilt, obwohl sämtliche Beweise von seinen Anklägern fabriziert und gefälscht worden waren. Der Streit um dieses Justizverbrechen und die Rehabilitierung des Verurteilten stellte die Gesellschaft in Frankreich vor eine Zerreissprobe, die das Land an den Rand des Bürgerkrieges brachte; aber die Republik ging gestärkt aus der Affäre hervor. Vincent Duclert schildert die unglaubliche Chronologie der Ereignisse.

1848, Kleine Geschichte der europäischen Revolution. Roger Price, Wagenbach, Berlin 1992, 325.08:0003.

Dieses Buch erzählt in aller Kürze und Präzision die Geschichte der ersten gesamteuropäischen Revolution von 1848. Es nennt die wirtschaftlichen Ursachen, die parteipolitischen, ideologischen und dynastischen Hintergründe, und es erzählt die dramatischen Ereignisse in den Zentren – in Paris, Wien, Prag, Berlin und Frankfurt –, aber auch an den vermeintlichen Rändern: in England und Italien.

Schreiben nach jeder Richtung, Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse. Peter Köpf, Ch. Links, Berlin 1995, 438.04:0004

Sie waren das Klavier, auf dem die Regierung spielen konnte: die Propagandisten des Dritten Reiches. Nach der Befreiung wollten die Sieger eine neue, demokratische Presse ohne die alten Schreibmaschinentäter. Hat aber neben der strukturellen auch eine personelle Erneuerung stattgefunden? Deutsche Journalisten haben über ›furchtbare Juristen‹ gerichtet und über die Menschenexperimente ebenso ›furchtbarer Mediziner‹ geschrieben. Die Geschichte ihres eigenen Berufsstandes jedoch haben sie nur sporadisch angesprochen. In diesem Buch wird dargestellt, dass es im deutschen Journalismus keine ›Stunde Null‹ gegeben hat. Goebbels Propagandisten fanden Aufnahme – trotz alliierter Aufsicht und Kontrolle – in fast allen Redaktionen. 150 Zeitungen werden durchleuchtet. Exemplarisch wird gezeigt, was die Pioniere der deutschen Tagespresse geschrieben haben – vor und nach 1945. Peter Köpf vergeicht die ursprünglichen Ziele der Alliierten mit der Realität und untersucht die Rahmenbedingungen, die diese erschreckende Kontinuität ermöglichten.

Der SS-Arzt und die Kinder vom Bullenhuser Damm. Günther Schwarberg, Steidl, Göttingen 1994, 709.20:0005.

›Ich kann mir nichts Verächtlicheres vorstellen, nichts Ekelhafteres, als mit unwissenden Kindern zu experimentieren …‹ In diesen Worten des Anklägers in einem Prozess gegen die Leiter des KZ-Lagers Neuengamme scheint viel von den Gefühlen auf, die im Leser dieses Buches entstehen. Hier nämlich wird berichtet über die barbarischen Experimente derer, für die 20 Kinder nur ›Material‹ waren. Über die Ermordung der Kinder zuletzt im Keller einer Hamburger Schule. Über die Opfer, die Täter, die Hintergründe und juristischen Nachspiele der Taten.

Mütter im Vaterland, Frauen im Dritten Reich. Claudia Koonz, rororo, 708.06:0001.

›Wie kamen ausgerechnet die Frauen, die sich als Spenderinnen des Lebens fühlten, dazu, eine männlich-faschistische Politik tatkräftig zu unterstützen, die sich der Vernichtung verschrieben hatte? Claudia Koonz führt uns das nationalsozialistische Deutschland vor Augen, allerdings in einer unerhörten Weise: durch die Taten und Gedanken der Frauen, die mit der ihnen zugeschriebenen ›Güte‹ das ›brutalste und unmenschlichste Regime, das jemals existierte, aufrechterhielten.‹ (Marilyn French)

Das Russlandbild im Dritten Reich. Hans- Erich Volkmann (Hrsg.), Böhlau, Köln, Weimar und Wien 1994, 709.00:0003.

Unter dem zeitlichen Spannungsbogen zwischen bolschewistischer Revolution, Zweitem Welt- und Kaltem Krieg haben sich tiefe Spuren des wechselseitigen Misstrauens und der Verachtung in das Bewusstsein von Sowjetmenschen und Deutschen eingegraben. Sie zu verwischen und an ihrer Stelle Verständnis und Vertrauen wachsen zu lassen ist eine der Grundvoraussetzungen für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR und der Bundesrepublik. 15 Beiträge verschiedener Autoren befassen sich mit dem Russlandbild der NS-Propaganda, der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, der SS sowie mit dem Russlandbild in der Schule des Dritten Reiches und in der deutschen Geschichtswissenschaft etc.

«Wenn Du willst Deine Ruhe haben, schweige», Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus. Meinhard Stark (Hrsg.), Klartext, Essen 1991, 176.00:0001.

Drei Frauen erzählen nach jahrzehntelangem Schweigen ihre Lebensgeschichte: Sie gehen aus unterschiedlichen Gründen Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre in die Sowjetunion, ihre Ehemänner geraten in die Mühlen des stalinistischen Terrors, zwei werden wenige Tage nach ihrer Verhaftung hingerichtet. Die Frauen werden ebenfalls verhaftet; ihre Schuld: ›Ehefrau‹ und ›Deutsche‹ zu sein. Sie verbringen beinahe zwei Jahrzehnte in Lagerhaft und sibirischer Verbannung und kehren Ende der 50er Jahre nach Deutschland zurück – in die DDR, wo sie als ›Verfolgte des Naziregimes‹ eingestuft werden und eine grosszügige Rente erhalten. Die Frauen mussten schweigen: in Haft und Verbannung, aber auch in der DDR, wo ihr Schicksal nicht öffentlich bekannt werden sollte.

Allgemeine Wehrpflicht, Geschichte – Probleme – Perspektiven . Frank S- Rödiger (Hrsg.), Edition Temmen, 350.00:0002.

In Deutschland soll es bei der allgemeinen Wehrpflicht bleiben. Das ist jedenfalls die Absicht der Bundesregierung, zuletzt im Weissbuch 1994 verkündet. Dabei ist die Wehrpflicht längst ins Gerede gekommen, und eine Absichtserklärung ist in Zeiten unsicherer Planung keine verlässliche Grundlage. Die Befürworter führen sehr unterschiedliche Argumente ins Feld, wenn sie für die Erhaltung der Wehrpflicht plädieren: Die Wehrpflicht sei die der Demokratie gemässeste Wehrform; man habe sie als ›legitimes‹ Kind der Demokratie‹ zu betrachten. Auch die Kritikter der allgemeinen Wehrpflicht nennen verschiedene Gründe, wenn sie sich gegen diese Wehrform im allgemeinen und die Praxis in der Bundesrepublik im besonderen aussprechen: Die sich aus der Anwendung ergebenden Ungerechtigkeiten für die jeweilige Altersgruppe stehen dabei im Vordergrund. Klare Entscheide über künftige Strukturen, über den Umfang der deutschen Streitkräfte sowie ihre Rolle in der Landesverteidigung und im Bündnis mit der UNO sind noch nicht getroffen worden. Die Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht ist damit offen und muss weiterhin diskutiert werden.

Augenzeuge des Völkermords, Reportagen aus Bosnien. Roy Gutman, Steidl, Göttingen 1994, 814.01:001

Als Bosnien im April 1992 seine Unabhängigkeit proklamierte, war vorhersehbar, dass Serbien diesen Verlust an Macht- und Einflusssphäre nicht tatenlos hinnehmen würde. Niemand jedoch vermochte sich vorzustellen, mit welch erbitterter Grausamkeit der Krieg gegen Muslime und Kroaten geführt werden würde. Was sich in der Sprache der serbischen Propaganda als ›ethnische Säuberung‹ ausgibt, ist schlicht Völkermord. Der amerikanische Journalist Roy Gutman und die Fotografen Andree Kaiser und Boris Geilert haben die dramatischen Ereignisse in Berichten und Bildern festgehalten.

Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten, Ein Kriminalreport. Günter Blutke, Ch. Links, Berlin 1994, 811.15:0004.

Der Kunstwissenschaftler Günter Blutke spürt einem ganz besonderen Kapitel jüngster Kulturgeschichte nach: der systematischen Ausplünderung privater Kunst- und Antiquitätensammlungen der DDR zum Zwecke des staatlichen Exports. ›Devisennot kennt kein Gebot‹, hiess die Maxime. Die kulturelle Verarmung eines ganzen Landes wurde dabei der zielgerichteten Geldbeschaffung untergeordnet. Der Autor beschreibt nicht nur die obskuren Praktiken der Steuerfahnder und der eigens für den Raub geschaffenen Kunst & Antiquitäten GmbH aus dem Bereich von Schalck-Golodkowski, sondern auch das Schicksal vieler betroffener Sammlungen und einzelner wertvoller Stücke. Verfolgt wird deren Weg bis zu den neuen Besitzern in Westeuropa, die oft von der wahren Herkunft ihrer Neuerwerbungen nichts ahnen.

Die Macher von Moskau, Aufstieg und Macht der neuen Business-Kapitalisten in Russland. Jörg Eigendorf und Katrin Schut, Econ, Düsseldorf und Wien 1994, 832.01.:0007.

In Russland hat sich eine Unternehmerklasse gebildet, die produziert, handelt und den neuen Reichtum zeigt, aber auch politischen Einfluss gewinnt. Aktuell aus Moskau beschreiben die Journalisten Katrin Schut und Jörg Eigendorf die neue russische Wirtschaftselite. Sie dokumentieren anhand von Porträts, Hintergrundanalysen und vielen persönlichen Begegnungen mit den ›Rockefellers‹ und ›Fords Russlands‹ Aufstieg, Methoden und Ansehen der russischen ›bisnessmeny‹ .

Maro Schnyder

Vorschau

Charles Ferdinand Vaucher, «Aus meiner linken Schublade», Erzählungen eines Lebens. Mit Zwischentexten von Peter Kamber. Herausgegeben von der Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung

C. F. Vaucher wurde 1902 in Basel als Sohn eines Fabrikdirektors geboren und rebellierte schon früh gegen die steife Vornehmheit zu Hause. Statt mit gebührendem Ernst das von der Familie geforderte Jus-Studium voranzutreiben, begann er insgeheim mit einer Theaterausbildung, wurde – nach absolviertem Juristenexamen – Agit-Prop-Regisseur für die Basler Linke und trat der noch stark dadaistisch geprägten Tanztruppe von Katja Wulff bei. Mit der Erbschaft seines früh verstorbenen Vaters gründete er mit arbeitslosen Schauspielerinnen die ›Truppe der Gegenwart‹. In konspirativen Aktionen holte er unter anderem den Regisseur und Autor der ›Moorsoldaten‹, Wolfgang Langhoff, über die Grenze. Später finanzierte er Max Haufiers berühmte Ramuz-Verfilmung ›Farinet‹ (1939) und verlor dabei sein ganzes Geld, weil das Negativ 1943 bei einem Bombenangriff auf Paris verbrannte. Mit Dramen und Hörspielen machte sich Vaucher als Schriftsteller einen Namen, und seine gefeierten Cabaret-Texte – unter amderem für das Cabaret ›Cornichon‹, Alfred Rasser und für das Duo Voli Geiler/Walter Morath – stehen für eine politisch-literarische Kleinkunst, die Lachen und Tränen zu mischen versteht. Die Schubladen seines Schreibtisches füllten sich über die Jahre auch mit



wunderbaren autobiographischen Geschichten, die Peter Kamber im Nachlass (seit 1994 in der Studienbibliothek Zürich) des 1972 Verstorbenen fand. Kamber stellte die schönsten dieser Texte zusammen und ging der faszinierenden Lebensgeschichte C. F. Vauchers und dessen Frau, der Tänzerin (u. a. in der Truppe von Trudi Schoop) und Schauspielerin (›Cornichon‹) Edith Carola, nach.

WIDERSPRUCH 29: EU, Schweiz und Europapolitik. 196 S., Fr. 18 / DM 20 im Buchhandel oder Postfach, CH-8026 Zürich, Tel. & Fax 01 – 273 03 02.

Das Recht auf Asyl wird in der ›Festung Europa‹ nach Marie-Claire Caloz-Tschopp und Laurent Monnier durch die ›Verpolizeilichung‹ der Ausländer- und Asylpolitik, durch Konzepte ›selektiver Zuwanderung‹ und repressive Abschiebepraxis grob missachtet. Einwanderer und Asylsuchende sehen sich in den EU-Staaten und in der Schweiz zunehmend mit Behördenrassismus und institutionalisierter Gewalt konfrontiert. Für Etienne Balibar muss deshalb die Neudefinition eines europäischen Staatsbürgertums mit einem toleranten Zugehörigkeits- und Öffnungsprinzip im Vordergrund stehen, welches den staatlichen und regionalen Nationalismen, den kulturellen Hegemonieansprüchen des Nationalen standhält und rechtspolitisch europäische Bürgerrechte garantiert. Nur eine transnationale Staatsbürgerschaft mit kommunitärem Grundprinzip könnte nach Heinz Kleger die Legitimations- und Demokratiedefizite der EU entschärfen. Das ›Projekt Europa‹ bedarf eines weltoffenen und zivilen Verfassungspatriotismus, auf dessen Basis die demokratische europäische Identität, eine differenzierte Mehrfachidentität, sich bildet.

Wie aber die von Hans-Jürgen Bieling erörterten Strategiedebatten im Vorfeld der Regierungskonferenz ›Maastricht II‹ von 1996 zeigen, wird die Bewältigung der ökonomischen und sozialen Krisen des europäischen Integrationsprozesses durch Weltmarktkonkurrenz und nationale Grossmachtinteressen vor allem Frankreichs und Deutschlands in der Neuordnung Europas erschwert. Die Chance, transnationaler Arbeitsmarktregulierung und Sozialpolitik stehen schlecht. Im Zuge neoliberaler Deregulierung in der EU wird, so Anja Bultemeier und Frank Deppe, der Sozialstaat zum Instrument der Ausgrenzung; die Selektionsmacht des Marktes wird unkontrollierbarer denn je. Kommt

hinzu, dass die monetäre Fehlsteuerung im europäischen Währungssystem die ohnehin schwierige Beschäftigungslage weiter unter Druck setzt. Serge Gaillard fordert daher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Einbezug einer am Wechselkurs orientierten Geldpolitik. Die Entwicklungsblockaden der EU-Institutionen wirken sich zum Nachteil der Lohnabhängigen aus, wie Patrick Ziltener in seinem Forschungsbericht resümiert. Ernüchternd ist ebenfalls Susanne Schunter-Kleemanns Erfahrungsbilanz hinsichtlich der Gleichbehandlungspolitik via den Europäischen Gerichtshof: Vom Abbau der Frauendiskriminierung in den westeuropäischen Vaterländern kann keine Rede sein.

Mit der Zukunft der westeuropäischen Sicherheits- und Militärpolitik wird sich der Europäische Rat 1996 befassen: Euro-Bombe oder Force de Frappe? Vor dem Hintergrund einer Eskalationsgefahr des Krieges in Bosnien sind Chiracs Wiederaufnahme der Atombombentests und die nukleare Option Deutschlands für Matthias Küntzel Anzeichen einer Militarisierung der Aussen- und Sicherheitspolitik der EU. Es gibt in Westeuropa kein einheitliches Interesse an einer Osterweiterung der EU und NATO. Wirtschaftskrise, Mafia und autoritäre Regime in den postkommunistischen Ländern führen, so Jakob Juchler, Osteuropa in eine ökonomische Abhängigkeit westeuropäischer Finanzmächte. Ebenso gerät die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit der dritten Welt nach Rainer Falk mehr und mehr ins Schlepptau der Industriestaaten und ihrer Wachstumspolitik.

Der freie Personenverkehr mit der EU steht für die Schweiz zur Zeit im Mittelpunkt der bilateralen Verhandlungen. Rudolf H. Strahm fasst über seine Kritik am Gewerkschaftskurs hinaus die zentralen Aspekte zusammen, um die es im Streit um eine realistische Europastrategie in der Ausländerfrage geht. Seine Postulate sieht er dabei einer humanitären Migrationsethik verpflichtet. Wie Hans Baumann ausführt, liegen in der Ausländerpolitik die Positionen zwischen den Sozialpartnern weit auseinander, so auch, was die Schutzmassnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping im europäischen Binnenmarkt angeht.

Derweil spaltet die Europapolitik die Willensnation: Hat die Schweiz ohne EU keine Zukunft? Gibt es zur rechtspatriotischen, nationalistischen EU-Feindschaft der SVP und zum technokratischen EU-Optimismus der SPS und Grünen keine Alternativen? Paul Ruppen, Daniel Vischer und Dominik Siegrist intervenieren mit staats- und demokratiepolitischen, sozialen und ökologischen Überlegungen in die EU-Beitrittsdebatte. Marginalien und Rezensionen zu weiteren Fragen der Europapolitik und die Zeitschriftenschau runden das Heft 29 ab.

Talon

❒ Ich möchte Mitglied des Fördervereins der Studienbibliothek werden.

❒ Ich kann mich noch nicht entschliessen, wünsche aber weiterhin Informationen.

Ich spende:*

❒ Fr. 20.-- ❒ Fr. 50.-- ❒ Fr. 100.--

❒ Fr. ....

❒ monatlich ❒ zweimonatlich ❒ halbjährlich ❒ jährlich

Spenden am besten mit automatischem Überweisungsauftrag per BAD oder PTT oder LSV der Bank.

Name: ....

Vorname: ....

Strasse: ....

PLZ/Ort: ....

Fussnoten

[1] *Immanuel Kant, AA, 4, 393 (GMS)*

[2] *I. W. W. = »Industrial Workers of the World«: syndikalistische Organisation revolutionärer Arbeiter vor allem im Westen der USA. Ihr Grundsatz lautet in deutscher Sprache: »Ein Unrecht gegen einen ist ein Unrecht gegen alle.«*

[3] *Karl Marx: »Es herrscht in allen grossen Industriezentren Englands ein tiefer Gegensatz zwischen dem irischen und englischen Proletarier. Der gewöhnliche englische Arbeiter hasst den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und die Lebenshaltung herabdrückt. Er empfindet für ihn nationale und religiöse Antipathie.« (MEW 16, 384 ff.)*

[4] *Diese Mobilität der Arbeiter blieb noch eine Weile erhalten, obzwar die Struktur des Kapitalismus seit Ende des 19. Jahrhunderts sich ins Imperialistische gewandelt hatte.*

[5] *Von der Kommunistischen Internationale (Komintern) aufgestellte Einheiten von insgesamt etwa 35'000 bis 40'000 Mann, die am 8. Nov. 1936 bei der Verteidigung von Madrid erstmals mit einer Kampfstärke von 3'450 Mann eingriffen. Allerdings waren schon vorher mindestens 5'000 Internationale aus aller Welt spontan zur Unterstützung der spanischen Revolution oder zur Abwehr des Faschismus nach Spanien gereist. Sie kämpften teils mit den spanischen Milizen vermischt oder in kleineren internationalen Einheiten, wie im »Batallón de Choque« der POUM, wo etwa 400 bis 500 Ausländer eingegliedert waren.*

[6] *Partido Obrero de Unificación Marxista, Arbeiterpartei der marxistischen Einheit.*

[7] *Vorsitzender der UGT, ab 5. September 1936 bis nach den Maiunruhen 1937 in Katalonien Ministerpräsident der Zentralregierung in Valencia. Dann musste er auf Druck der Kommunisten zurücktreten.*

[8] *Columna, Kolonne: ist die Organisationsform der Milizen in der ersten Bürgerkriegsperiode.*

[9] *Zivilgarde, kasernierte Polizei*

[10] *Confederación Nacional del Trabajo, Nationaler Arbeiterbund, Nationale Föderation der Anarcho-Syndikalisten mit Schwerpunkt in Katalonien, mit etwa 2 Mio. Mitgliedern, ebenfalls vertreten in der Levante und etwas weniger stark in Madrid.*

[11] *Federación Anarchica Ibérica, Iberische Anarchistische Föderation.*

[12] *Unión General de Trabajadores, Allgemeine Arbeiterunion, Sozialistischer Gewerkschaftsbund.*

[13] *Schützengrabenzeitung des »Fünften Regiments«, der kommunistischen Milizen in Madrid und des Zentrums, zählte bis zu ihrer offiziellen Eingliederung in die Republikanische Armee im Januar 1937 etwa 25'000 Mann. Die Einheit hatte ihr Hauptquartier in Madrid in einem ehemaligen Salesianerkollegium an der Calle Francos Rodríguez.*

[14] *B. Studer est notamment la rédactrice scientifique du volume qui concerne la Suisse pendant les années 1930 et qui sera très prochainemant publié à Zurich par Chronos Verlag.*

[15] *Centenaire Jules Humbert-Droz. Colloque sur l'Internationale Communiste, La Chaux-de-Fonds 1992, 566 p.*